

SCHWEIZERISCHE

# Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE ZEITUNG FÜR KMU

**REFERENDUM** - Jetzt gilt es, die nötigen Unterschriften zu holen, um die missratene Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) dem Volk zur Entscheidung zu unterbreiten.

## Jetzt unterschreiben!

«Dieses Referendum ist enorm wichtig», betont sgv-Präsident und Nationalrat Jean-François Rime. Er appelliert denn auch an alle Gewerblinnen und Gewerbler, die frankierte Postkarte zu unterschreiben, die dieser sgv-Ausgabe beiliegt. Ein schnelles Zurückschicken erleichtere dem Referendumskomitee die Arbeit - «die Beglaubigung beansprucht doch sehr viel Zeit».

### Keine leeren Warnungen

Rime sieht einen Hauptgrund, warum Leute aus dem KMU-Lager unterschreiben sollen. «Diese eigentumsfeindliche und zentralistische Vorlage verschlechtert die Rahmenbedingung für das Gewerbe.» Dadurch würden aber auch die Mietpreise für Wohn- und Gewerbeliegenschaften in die Höhe getrieben, was einzelne Branchen kaum verkraften können. «Leider ist dieses Szenario keine leere Drohung, obwohl unsere Gegner dies bestreiten. Wir sollen aus der Abstimmung über die unselige Zweitwohnungsinitiative Lehren ziehen. Da warnten wir vor Arbeitsplatzverlusten und Teuerungsschüben - und man stellte uns als Freunde der Spekulanten und als Panikmacher hin. Die bösen Folgen sind nun eingetroffen, nur spricht fast niemand darüber», hält Rime fest. Tatsächlich dürften laut aktuellen Prognosen in naher Zukunft allein in den Kantonen Waadt und Wallis auf dem Bau 4300 Jobs verschwinden. Und die Preise auf dem Markt für Ferienimmobilien tendieren klar nach oben.



Mit diesem Plakat wirbt der sgv auf der Strasse für die Unterschriftensammlung.

In den nächsten Tagen werden übrigens Unterschriften für das Referendum auch auf der Strasse gesammelt, vorab in Städten mit hohen bürgerlichen Wähleranteilen. «Das hat den Vorteil, dass wir zugleich eine Art Vorkampagne für den Abstimmungskampf führen können», meint der zuständige sgv-Ressortleiter Ruedi Horber.

### Klar verfassungswidrig

Zu den bisherigen Gegenargumenten - Eigentumsfeindlichkeit, Zentralismus und Bürokratie - kommt ein weiteres hinzu. Gemäss eines Gutachtens des Zürcher Rechtsprofessors Georg Müller, das er im Auftrag der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie erstellte, ist die vorgesehene Zweckbindung des Ertrags aus der Mehrwertabgabe nämlich verfassungswidrig. Müller erachtet sie als einen «unverhältnismässigen Eingriff» in die kantonale Autonomie: «Diese Zweckbindung stellt auch keine Bestimmung dar, die der Bund, gestützt auf seine Grundsatzgesetzgebungskompetenz im Artikel 75, Absatz 1 der Bundesverfassung, erlassen kann.» Der renommierte Jurist verneint also, dass «Bern» die Zweckbindung der Abgabeträge diktieren kann, «vielmehr sollen die Kantone darüber bestimmen, ob sie die Mittel zweckgebunden verwenden wollen oder nicht».

Patrick M. Lucca

INTERVIEW SEITE 2

**SOLIDARHAFTUNG** - Das Parlament will weitere Lücken in der Gesetzgebung zur Personenfreizügigkeit schliessen und die Pflichten von Haupt- und Subunternehmen schärfer regeln.

## Korrektur oder harte Intervention?

Die Politik hat den gewerblichen KMU stets versprochen, die Anwendung der Personenfreizügigkeit nach dem Prinzip der gleich langen Spiesse zu gestalten. Doch schon bald zeigte sich, dass Nachbesserungen nötig sind. So wurden kürzlich die Bestimmungen über die Scheinselbstständigkeit klar verschärft. Jetzt sollen auch die Missstände bei der Subunternehmerhaftung angegangen werden. Am 28. August wird die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK) erste Weichen stellen und dem Parlament Massnahmen vorschlagen.

Das Gremium wird dabei eine Qual der Wahl haben, kann es doch unter vier Varianten wählen. Der sgv und der Schweizerische Baumeisterverband sind der Auffassung, dass die heutige Regelung bloss präzisiert werden muss. sgv-Vizedirektor Marco Taddei: «Es kann nicht darum gehen, Überregulierungen vorzu-

nehmen, und die Bürokratie weiter aufzublähen. Die Intervention muss massvoll sein und den freien Arbeitsmarkt möglichst wenig tangieren.» Konkret soll im Entsendegesetz die Subunternehmerhaftung neu durch schriftlichen statt mündlichen Vertrag geregelt werden.

Einiges weiter möchte das Ausbaugewerbe gehen und plädiert für eine schärfere Variante. Peter Baeriswyl, Direktor des Schweizerischen Maler- und Gipserunternehmer-Verbandes SMGV, stellvertretend für seine Kollegen: «Die heutigen Missbräuche bringen nicht nur Lohndumping mit sich, sie führen auch zu riesigen Qualitätsproblemen. Es wird Milliarden kosten, die Folgen der Pfuscharbeit zu korrigieren. In diesem Sinne sind grössere Gesetzesverschärfungen eindeutig das kleinere Übel.» Lu

BERICHTE SEITE 4



Qualitätsarbeit ist nur möglich, wenn Aufträge zu fairen Bedingungen ausgeführt werden können.

### EINKAUFSTOURISMUS

#### Schlag ins Gesicht

Der überharte Franken verursacht enorme Umsatzausfälle im Detailhandel und im Dienstleistungsbereich. Da ist es ein Schlag ins Gesicht des Schweizer Gewerbes, wenn Regieunternehmen wie SBB und PostAuto zusätzlich verbilligte Schnäppchenjagden ins Ausland forcieren. Noch schlimmer: sie foutieren sich weitgehend um die Kritik an ihren Aktionen.

Lu

BERICHT SEITE 5



### INHALT

**ABSTIMMUNG** - Die Gegner der Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» operieren mit Lügen. SEITE 6



**CO<sub>2</sub>-VERORDNUNG** - Holz und PET senken die Emissionen. «Bundesbern» ist es wohl egal. SEITE 7



**KMU-PORTRÄT** - Der glasklare Weg des Proverit-Patrons Michael Fankhauser führt zum Erfolg. SEITE 9



**FILIPPO LEUTENEGGER** – Der Zürcher FDP-Nationalrat ortet übertriebene Staatsgläubigkeit und mangelnden Kampfwillen der Bürgerlichen als Grund für die missratene RPG-Revision.

# «Ein ärgerlicher Kniefall»

**Gewerbezeitung:** Sie haben im Parlament teilweise sehr hart gegen die RPG-Revision gekämpft – und dennoch klar verloren. Was war der Grund?

■ **Nationalrat Filippo Leutenegger:** Es sind mehrere Gründe. In den letzten Jahren haben die Räte häufig ängstlich und defensiv auf Volksinitiativen, reagiert, denen sie Chancen einräumten. Das war schon bei der Abzocker- und der Zweitwohnungsinitiative so; bei der Landschaftsinitiative kam es dann mehr oder weniger zu einem Kniefall. Das Parlament hat sich für den Weg des indirekten Gegenvorschlags für die Revision des Raumplanungsgesetzes entschieden, statt das links-grüne Volksbegehren entschlossen zu bekämpfen.

Grundlage dafür bildete allerdings ein bundesrätlicher Entwurf...

■ ...der durchaus diskutabel war. Nur wurden vom Parlament mehrere Elemente hinzugefügt, die schlicht inakzeptabel sind.

## «BEI DER LANDSCHAFTS-INITIATIVE KAM ES DANN MEHR ODER WENIGER ZU EINEM KNIEFALL.»

Welche Änderungen ärgern Sie am meisten?

■ Zu den Verschlimmbesserungen gehört die obligatorische Mehrwertabschöpfung. Sie bewirkt eine weitere Entmachtung der Kantone, Eingriffe in die Eigentumsgarantie sowie einen enormen Bürokratieschub. Vor allem wird dadurch das Hauptziel der Raumplanung – ein haushälterischer Umgang mit dem Boden – nicht erreicht.

Wie konnten derart antiliberal Bestimmungen in einem bürgerlich dominierten Parlament durchgehen?

■ Viele bürgerliche Parlamentarier entschieden sich für das Surfen mit dem vermeintlichen Zeitgeist. Die Schlussberatung im Nationalrat fand ja kurz vor den eidgenössischen Wahlen im Oktober statt, da machte sich ein mediengerechtes Engagement für rot-grüne Anliegen auch bei den Mittelparteien, insbesondere bei der CVP nicht schlecht. Andere hatten pani-

## ZUR PERSON

Geboren 1952 in Rom, wo sein Vater bei der UNO arbeitete, kam Filippo Leutenegger 1965 in die Schweiz ins Internat der Klosterschulen Disentis und Altdorf und absolvierte 1972 die Matura. Nach dem Ökonomie- und Jus-Studium arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt. 1981 begann seine TV-Karriere, zuerst beim «Kassensturz», dann als Italien-Korrespondent und Moderator der Wirtschaftssendung «Netto». 1993 gründete Leutenegger die «Arena». 1998 wurde er SF-Chefredaktor. Nach Differenzen mit TV-Direktor Schellenberg verliess er 2002 die SRG. Bei den Wahlen 2003 wurde er im Kanton Zürich als FDP-Quereinsteiger in den Nationalrat gewählt; 2007 und 2011 schaffte er problemlos die Wiederwahl. Seit 2006 leitet Leutenegger den Verlag neueideen.ch AG, der das «Haus-Club Magazin» herausgibt. Er lebt mit der TV-Journalistin Michèle Sauvain, den drei gemeinsamen Kindern und seinen zwei Söhnen aus erster Ehe in Zürich.

Nationalrat Filippo Leutenegger zürnt: «Mit der RPG-Revision überholen wir die Landschaftsinitiative links und behaupten auch noch, das sei ein indirekter Gegenvorschlag.»



sche Angst vor dem 20-jährigen Aussonnungsmoratorium der Initiative und waren deshalb zu fast allen Konzessionen bereit. Ein Hammerschlag war schliesslich die unerklärliche Haltung der Konferenz der kantonalen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren; die für die Raumplanung verantwortlichen Regierungsräte verzichteten – einstimmig! – auf wichtige föderalistische Kompetenzen. Was bisher auf regionaler und lokaler Ebene quasi nach Mass geregelt wurde, soll künftig der Bund zentral steuern. Das kann einfach nicht funktionieren, weil die Verhältnisse in den Kantonen absolut nicht vergleichbar sind. Schauen Sie sich etwa Basel-Stadt und Wallis an – da kann doch nicht mit gleicher Elle gemessen werden.

## «SCHAREN VON BEAMTEN WERDEN SICH MIT PROBLEMEN WIE RÜCK- UND UMZONUNG HERUMSCHLAGEN.»

Eine solche Zentralsteuerung lässt sich nur mit viel Geld und teuren Infrastrukturen bewerkstelligen.

■ Man kann es auch einfacher sagen: Der Bund kann solche Aufgaben nur bewältigen, wenn er dafür einen bürokratischen Apparat aufbaut bzw. den bestehenden noch weiter aufbläht. Scharen von Beamten werden sich mit Problemen wie Rück- und Umzonung herumschlagen. Unzählige Gerichte werden auf Jahre hinaus beschäftigt sein, denn allein die Bestimmungen über Mehrwertabschöpfung und Rückzonung bergen enormes Konfliktpotenzial. Mit der RPG-Revision überholen wir die Landschaftsinitiative links und behaupten auch noch, das sei ein indirekter Gegenvorschlag. So etwas Absurdes habe ich in meiner langen Zeit als Parlamentarier und Journalist selten erlebt.

Sie haben einmal gesagt, dass Sie mit der Mehrwertabschöpfung notgedrungen leben könnten.

■ Sie kann für die Kantone ein Teil der Lösung sein, wenn sie richtig dosiert, bedarfsgerecht und in der kantonalen Hoheit angewendet wird; aber nicht als starre Bundesregel, die alle Kantone trifft, auch jene, welche

eine vorbildliche Raumplanung gemacht haben.

Was halten Sie von den Befürchtungen, wonach die RPG-Revision die Bodenpreise in die Höhe treiben wird und damit auch die Zinse für Mietwohnungen und Gewerbeliegenschaften?

■ Das Ausmass hängt von der Nachfrage und von der Marktentwicklung ab. Tendenziell wird der schon heute bestehende starke Druck auf Bodenpreise und Mieten zunehmen. Allerdings wird es regional grosse Unterschiede geben. Die Linke wird mit allen Mitteln versuchen, ihre Klientel über den subventionierten genossenschaftlichen Wohnungsbau zufriedenzustellen. Den KMU wird kaum jemand helfen wollen, was viele – vor allem kleinere Betriebe – schmerzhaft zu spüren bekommen dürften.

Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative hat innert kurzer Zeit die Spannungen zwischen Stadt und Land eindeutig verstärkt. Würde dies auch im Fall der RPG-Revision geschehen?

■ Zweifellos. Denn es steht nichts weniger als die Zukunft der ländlichen Regionen auf dem Spiel. Ihre Bedeutung als Siedlungsraum wäre noch mehr in Frage gestellt, als dies heute der Fall ist. Und der Bund sollte dabei den Schiedsrichter spielen. Das wäre angesichts der Machtverlagerung zugunsten des Bundes durch die RPG-Revision eine weitere

## «ES STEHT NICHTS WENIGER ALS DIE ZUKUNFT DER LÄNDLICHEN REGIONEN AUF DEM SPIEL.»

Schwächung des Föderalismus.

Sie gelten trotzdem als Befürworter einer aktiven Raumplanung. Welche Massnahmen schlagen Sie vor?

■ Ich meine, dass wir alle im gleichen Boot sitzen, wir möchten alle gerne haushälterisch mit dem Boden umgehen. Aber das heisst nicht, dass jede Massnahme auch dieses Ziel erreicht. Bei der Suche nach einer brauchbaren Lösung müssen wir uns

zuerst fragen: Wo fehlt uns das Land? Die Antwort ist eindeutig: Es fehlt in den Agglomerationen, dort haben wir ein Potenzial. Im heutigen System, bei dem wir ohne grosse Veränderungen etwa 20 Prozent zusätzlich nach

## «SO ETWAS ABSURDES HABE ICH IN MEINER LANGEN ZEIT ALS PARLAMENTARIER UND JOURNALIST SELTEN ERLEBT.»

innen verdichten können, bekommen wir in Zürich, Bern und all den rotgrün regierten Städten zum Teil nicht einmal die Baubewilligung für den Ausbau von bestehenden Dachstöcken. Viele Baubehörden, wie ein Amt für Städtebau, kommen mir manchmal vor wie eine DDR-Institution, die sagt: «Das gefällt uns nicht, es gibt keine Bewilligung.» Schade, denn dort haben wir ein enormes Verdichtungspotenzial. Bei den Industriebrachen ist es noch viel grösser. Man soll zuerst einmal in den städtischen Regionen verdichten und das energetische Potenzial besser nutzen, statt fiskalischer Abschöpfungsprogramme und Unruhe im ganzen Land schaffen.

Wäre das im Oktober 2011 gewählte Parlament zu einer solchen Schubumkehr fähig?

■ Kaum. Die eidgenössischen Räte glauben heute mehr denn je daran, dass der Staat mit neuen Regulierungen und Steuern Gerechtigkeit und Wohlstand produzieren könne. Das ist eigentlich eine unglaubliche Entwicklung, wenn man sich das Versagen des überforderten Staates in vielen EU-Ländern vor Augen hält. Eine knappe Mehrheit der Schweizer Parlamentarier zieht zentralistische Regulierungen der föderalistischen Vielfalt und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger vor und nimmt die Aufblähung der Bürokratie in Kauf. Dieses Phänomen hat sich mit dem Erstarken der neuen Mittelparteien noch akzentuiert. Ich kann also nur hoffen, dass das Volk für Korrekturen sorgt. Das wird leider angesichts der Uneinigkeit im bürgerlichen Mehrheitslager nicht von heute auf morgen passieren.

Interview: Patrick M. Lucca

## DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

## China: Besser agieren statt bloss verhindern

Mit der Wirtschaftsmission von Bundesrat Schneider-Amman kurz vor den Sommerferien nach China ist der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit erneut auf den möglichen Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China gerichtet.

Um es gleich vorwegzunehmen: Der Abschluss ist für die Schweizer Wirtschaft schlicht imperativ. Ein Freihandelsabkommen würde unser Land in Europa einzigartig positionieren. Wir wären in Europa der erste Partner für ein Freihandelsabkommen mit China. Nicht nur könnten wir eine einzigartige Nische besetzen, sondern auch zum Brückenbauer zwischen China und der EU werden. Unsere Aussenpolitik würde in einem dynamischen Prozess «diversifiziert» – und zu einem Gegengewicht zur «Freundschaft» mit der EU und den USA führen.

Für die exportorientierte KMU-Wirtschaft der Schweiz sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Laut Studien ist ein Drittel im Geschäft mit China, dieses Land wird als wichtigster Produktionsstandort genutzt. Umgekehrt geben rund sechs Prozent der Schweizer KMU an, dass chinesische Unternehmen zu ihren Zulieferanten gehören. Etwa 15 Prozent der KMU unterhalten heute schon kommerzielle Beziehungen mit China und drei Fünftel sehen in einem Freihandelsabkommen ein positives Potenzial.

Diese Fakten dokumentieren den Wunsch unserer exportorientierten Mitgliedorganisationen nach einem Vertragsabschluss mit China. Gerade auch vor dem Hintergrund der europäischen Finanz- und Schuldenkrise und der damit verbundenen Rezessionsgefahren sind die sogenannten «emerging markets» in den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China) von grossem Interesse. Im Durchschnitt plant jedes siebte KMU mittel- bis langfristig in diesen Märkten tätig zu werden oder sein Engagement in diesen Ländern auszuweiten. Von den Unternehmen, die bereits in den BRIC-Ländern tätig sind, geben 40 Prozent an, ihr Engagement ausweiten zu wollen.

Doch es ist klar: Wo Chancen sind, da gibt es auch Risiken. Auf ein Risiko hinsichtlich eines Abschlusses mit China hat umgehend die starke Bauernlobby aufmerksam gemacht und die mögliche Öffnung der Agrarmärkte kritisiert. Eines sei hier deutlich klargestellt: Ein Freihandelsabkommen mit China darf nicht an der Agrarwirtschaft scheitern. Auch wenn die Befürchtungen der Bauern ernst zu nehmen sind, gibt es doch wenig Grund zur Sorge.

Nach dem neuesten Fünfjahresplan dient die Landwirtschaft der Sicherung der chinesischen Selbstständigkeit. Im Exportmodell ist sie nicht enthalten, da China sich zum Ziel setzt, Exportleader in technologischen Produkten zu sein. China will gemäss Plan ausdrücklich nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse exportieren. Zudem können ausländische Anbieter wegen der diversen Hygieneskandale durchaus auch Nischen im chinesischen Markt besetzen.

Insgesamt erwachsen unseren Unternehmen kommerzielle Vorteile von hohem Wert: erleichterter Marktzugang in China, einfachere Möglichkeit zum Aufbau internationaler Partnerschaften zwischen den beiden Ländern, Ansiedlung chinesischer Unternehmen in der Schweiz, Aufwertung der Schweiz als Handelsplatz und internationale Drehscheibe, um nur einige wesentliche Stichworte zu nennen. Vor diesem Hintergrund und im Sinne einer langfristigen ausgerichteten Wirtschafts- und Wachstumspolitik ist agieren angesagt – und nicht bloss verhindern.

**KMU bilden die Schweizer Wirtschaft.  
Wir bilden Schweizer KMU.**

Als Kompetenzzentrum der Berufs- und Gewerbeverbände fördern wir die unternehmerisch-betriebswirtschaftlichen Kompetenzen von Führungs- und Nachwuchskräften in Gewerbe, KMU und Handel. Kompetent, praxisnah, kostengünstig, in der ganzen Schweiz. Unsere Referenten und Lehrmittel setzen Standards.

Demnächst starten folgende Kurse:

- SIU-Unternehmerschulung
- **NEU: Fachfrau / Fachmann Unternehmensführung KMU mit eidg. FA** (2 Semester)
- **NEU: KMU Finanzführung SIU** (11 Tage)
- **Eidg. dipl. Betriebswirtschafter/-in des Gewerbes** (2 Semester)
- **KMU Geschäftsfrau SIU** (1 Semester)

Informationen und Anmeldung unter  
[www.siu.ch](http://www.siu.ch) oder Tel. 043 243 46 66



# Radikales Rauchverbot?

Am 23. September

# NEIN

[www.vernuenftig-bleiben.ch](http://www.vernuenftig-bleiben.ch)

**SUBUNTERNEHMERHAFTUNG** – Im Ausbaugewerbe sorgt die Weitergabe von Aufträgen häufig für Ärger und Frust. Das Parlament soll nun für Abhilfe sorgen.

# Eine Knacknuss für «Bern»

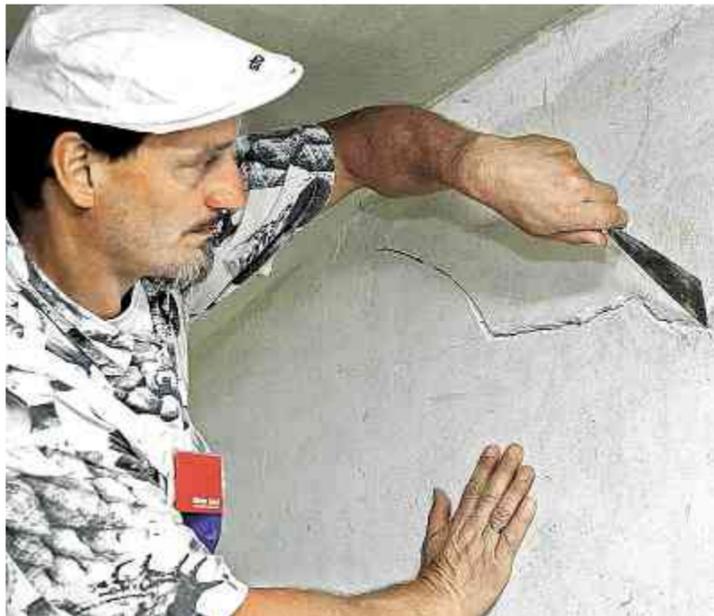
Am kommenden 28. August beschäftigt sich die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAKS) mit den Folgen der Auftragsvergabe an Subunternehmer, die vorab im Ausbaugewerbe immer mehr um sich greift.

## Verhängnisvolle «Kettenreaktion»

Der übliche Mechanismus sieht wie folgt aus: Der Erstunternehmer – in der Regel der billigste Anbieter – erhält den Zuschlag, obwohl er häufig weder über Infrastruktur noch über das nötige Personal verfügt, um den Auftrag selbst auszuführen. Er gibt deshalb die Arbeit weiter an einen Subunternehmer und behält einen Teil des Werklohnes für sich. Der Subunternehmer macht dasselbe und verdient auch noch etwas. Am Ende der Kette steht ein Sub-Subunternehmer, der nicht mehr kostendeckend arbeiten kann. Er löst das Problem, indem er Arbeitskräfte anstellt, die bereit sind, für einen Bruchteil des GAV-Minimallohnes zu arbeiten. Dies führt zu Lohndumping und vor allem auch zu einer immer schlechter werdenden Arbeitsqualität. Als Begleiterscheinungen werden nicht selten Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit registriert. In Bundesbern ist man sich einig, dass diesen Mehrfach-Subkontrakt-Strukturen mit einer Verschärfung der Haftung für Subunternehmer oder aber mit zusätzlichen Zuschlagskriterien im Beschaffungswesen begegnet werden kann.

## Gegen Überregulierung

Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO verfasste im Auftrag der WAK einen Bericht über die Problematik. Dieser enthält vier Varianten zu einer Verschärfung der heute eher weichen Bestimmungen im Entsendegesetz (vgl. Kasten). Der sgv ging in seiner Stellungnahme zu diesem



Nicht nur bei den Gipsern herrscht Handlungsbedarf: Die Auftragsweitergabe an Subunternehmen soll nicht mehr zu Lohndrückerei und Pfusch führen.

SECO-Bericht davon aus, dass Handlungsbedarf vorhanden ist, vorab wegen der Situation im Baugewerbe. Vizedirektor Marco Taddei: «Wir müssen leider feststellen, dass es bei der Weitergabe von Aufträgen vor allem im Ausbaugewerbe zunehmend zu Problemen kommt. Es liegt im Interesse der korrekt handelnden Firmen – und das ist die grosse Mehrheit –, dass die Politik korrigierend eingreift.» Allerdings müsse die Intervention massvoll sein und den freien Arbeitsmarkt möglichst wenig tangieren. «Es kann nicht darum gehen, Überregulierungen vorzunehmen, die Bürokratie weitere aufzublähen, die Zahl der Kontrollen in die Höhe zu treiben und mit erweiterten Gesamtarbeitsverträgen die Freiräume der Wirtschaft einzuschränken», hält Taddei fest.

## SECO-VORSCHLÄGE

### Vier Varianten stehen zur Auswahl

■ **Minimalvariante.** Neu sollen zwischen dem Erstunternehmer und dem ersten Subunternehmer sowie bei jeder Weitergabe des Auftrags die Abmachungen über minimale Arbeitsbedingungen und Löhne schriftlich statt mündlich getroffen werden. Damit trägt der jeweilige Auftragnehmer die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften.

■ **Mittelvariante I.** Der Unternehmer haftet nur für seinen direkten Subunternehmer, wobei im Zentrum nicht eine Kausalhaftung, sondern eine Verschuldenshaftung steht. Eine Befreiung von der Haftung ist durch den Nachweis der Erfüllung aller Sorgfaltspflichten möglich. Die Unter-

## sgv für Minimalvariante

Der sgv hat die Problematik früh erkannt und entsprechend gehandelt. Im April 2011 reichte der Baselbieter Nationalrat und Gewerbedirektor Hans-Rudolf Gysin eine parlamentarische Initiative ein, mit der im Entsendegesetz die Subunternehmer-Haftung neu durch schriftlichen statt mündlichen Vertrag geregelt werden sollte. Nationalrätin und sgv-Vorstandsmitglied Sylvia Flückiger hat diesen Vorschlag in der WAK mit Erfolg lanciert. Entsprechend steht der Gewerbeverband voll hinter der Minimalvariante, die auch vom Schweizerischen Baumeisterverband allen anderen Lösungen vorgezogen wird. Taddei präzisiert: «Wir sind uns bewusst, dass Mitgliederverbände im Ausbaugewerbe weiter gehen möchten. Wir respektieren ihr Anliegen, können es aber nicht unterstützen.»

Patrick M. Lucca

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Schwere Zeiten für die Schweizer Hotellerie

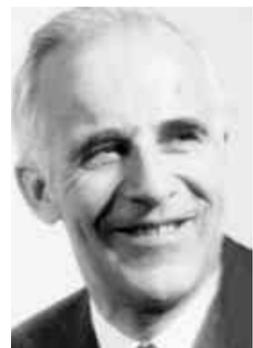
Die Schweizer Hotellerie blickt auf ein schwieriges erstes Halbjahr 2012 zurück. Insbesondere aus Europa ist die Nachfrage regelrecht weggebrochen. Hier mussten Logiernächteeinbussen von 11 Prozent in Kauf genommen werden, allen voran im wichtigsten Auslandmarkt Deutschland (-15 Prozent). Der Binnenmarkt erwies sich als mehrheitlich stabil und verzeichnete einen leichten Rückgang von 0,5 Prozent. Wegen des Preiskampfs unter den Hoteliers befürchtet hotellerie-suisse-Präsident Guglielmo Brentel für das gesamte Jahr Umsatzeinbussen von bis zu 15 Prozent, wie er gegenüber dem «Sonntag» sagte. Viele Betriebe müssten Personal entlassen. Zu den im letzten Jahr weggefallenen rund 5000 Arbeitsplätzen kämen heuer wohl nochmals ebensoviele: «Gegenüber der Zeit vor der Krise wurden rund 10000 Stellen gestrichen.» Zudem werde sich das Hotelsterben beschleunigen, so Brentel weiter. «Hotels, die nur Zimmer in schlechter Qualität anbieten, werden nicht überleben.»

### Privatdetektive feierten ihr 60-Jahr-Jubiläum

Mitte Juni 2012 feierte der Fachverband Schweizerischer Privatdetektive (FSPD) sein 60-jähriges Jubiläum in Eggwil im Emmental. Der Verband wurde 1952 unter dem Namen «Vereinigung Schweizerischer Privat-Detektive» (VSP) in Zürich gegründet und erhielt im Jahre 1970 seinen aktuellen Namen. Zusammen mit dem deutschen (BDD) und dem österreichischen (ÖDV) Privatdetektivverband gründete der FSPD im Jahre 1964 die «Internationale Kommission der Detektivverbände» (IKD). Diese Organisation umfasst heute 23 Landesverbände und einige Einzelmitglieder und ist damit der weltweit grösste Dachverband aktiver Privatermittler. Der langjährige Verbandspräsident Fritz Nyffeler konnte 22 Mitglieder und Gäste begrüssen, darunter auch Rechtsanwalt Roland Schaub, welcher über seine jüngst erschienene Dissertation zum Thema «Der Privatdetektiv im schweizerischen Recht» referierte. Christine Davatz-Höchner, Vizedirektorin des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv, überbrachte die Glückwünsche ihres Verbandes. In ihrer Ansprache bedankte sie sich für die langjährige Zugehörigkeit des FSPD zum sgv und betonte, für allfällige nationale Anliegen des FSPD stets ein offenes Ohr zu haben.

## ZUM GEDENKEN

### Er war der Vater der AK 105



An seinem 91. Geburtstag hat sich der Lebenskreis von Hans-Rudolf Rindlisbacher (1921–2012) geschlossen. Als junger Buchhalter mit höherem eidgenössischem Fachdiplom trat Rindlisbacher 1946 in den Dienst des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv und

wurde dort bald mit dem Aufbau der AHV-Ausgleichskasse des Schweizerischen Gewerbes betraut. Aus den bescheidenen Anfängen einer Verdienstausschusskasse für Aktivdienstsoldaten entwickelte er die Kasse zu einem modernen, effizienten Dienstleistungsbetrieb – «zu einer selbständigen und erwachsenen Tochter des Schweizerischen Gewerbeverbandes», wie der damalige sgv-Direktor Pierre Triponez 1990 schrieb. Der «Ausgleichskasse des Schweizerischen Gewerbes» – kurz AK 105 – gehören heute 32 Gründerverbände und über 10000 Mitglieder aus der ganzen Schweiz an.

LINK  
www.ak105.ch

**STANDPUNKT DES AUSBAUGEWERBES** – Peter Baeriswyl, Direktor des Schweiz. Maler- und Gipserunternehmer-Verbandes SMGV, plädiert für eine schärfere Variante als der sgv.

# Im Zweifel für das «kleinere Übel»

In seiner Vernehmlassung zum Bericht des SECO spricht sich der SMGV klar gegen die vom sgv und Baumeistern bevorzugte Minimalvariante aus. Begründung: «Es ist nicht einzusehen, weshalb mit einem schriftlichen Vertrag, statt wie bis anhin mit einem mündlichen, eine grössere Wirkung erzielt werden sollte.» Diese Meinung teilen die wichtigsten Verbände des Ausbaugewerbes: suissetec, Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen VSEI., Schweizerische Metallunion SMU, Verband schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten sowie Holzbau Schweiz. Der SMGV-Direktor erläutert im folgenden Gespräch die Hintergründe.

**Gewerbezeitung:** Das Ausbaugewerbe spricht sich für relativ einschneidende Eingriffe in den Arbeitsmarkt aus, der als ein wichtiger Standortvorteil der Schweiz gilt.



SMGV-Direktor Peter Baeriswyl: «Der Markt ist offensichtlich nicht in der Lage, für ordentliche Verhältnisse zu sorgen.»

■ **Peter Baeriswyl:** Wir wollen keine Überregulierung, da gehen wir mit dem sgv einig. Es ist aber unsere

Pflicht und Aufgabe, offenkundig bestehende Missbräuche zu bekämpfen. Und hier haben wir Missbräuche. Diese bringen nicht nur Lohndumping mit sich, sie führen auch zu riesigen Qualitätsproblemen. Es wird Milliarden kosten, in den nächsten Jahren die Folgen der Pfuscharbeit zu korrigieren. In diesem Sinne sind Gesetzesverschärfungen eindeutig das kleinere Übel. Dies umso mehr, als der Markt offensichtlich nicht in der Lage ist, für ordentliche Verhältnisse zu sorgen.

*Das Bauhauptgewerbe und der sgv wollen nicht so weit gehen und bevorzugen die Variante mit der schriftlichen Abmachung...*

■ Diese Variante ist eine blosse Änderung der Formvorschrift der bereits bestehenden aber nutzlosen Solidarhaftung im Entsendegesetz und bringt uns nicht weiter. Wir wollen aber auch keine Kettenhaftung, wie

die Gewerkschaften fordern. Wir plädieren für eine Mittelvariante, die mit wenig Aufwand umsetzbar ist und den Unternehmer dazu verpflichtet, bei der Wahl seiner Subunternehmer sorgfältiger vorzugehen. Dies wiederum wird mit Sicherheit positive Aspekte auf die Arbeitsbedingungen und vor allem auch auf die Qualität der ausgeführten Arbeiten haben.

*Können Sie sich vorstellen, dass man doch noch zu einer Meinung findet?*

■ Ich hoffe es, obwohl das Bauhauptgewerbe offenbar die Problematik nicht als derart wichtig und dringend einstuft. Die Lösung im Falle der Scheinselbstständigkeit zeigt, dass ein einheitlicher Auftritt sowohl der Verwaltung als auch dem Parlament mehr Eindruck macht als einzelne Vorstösse von betroffenen Interessenvertretern.

Interview: Lu

## NACHLESE

## Heisses aus Bern



Natürlich bleibt auch Bundesbern nicht ganz von der Sommerflaute verschont. Wie sonst wäre die schrecklich aufgeregte Debatte über nackige Kleinkinder zu erklären, die – selten, aber doch – im Wasserspiel vor dem Bundeshaus baden? Das Thema

scheint jedenfalls wichtiger zu sein als gewisse betrübliche News von der Bankenfront. Die Tatsache, dass sogar die Kinder von Schweizer Bankleuten in den USA von dortigen Steuerfahndern stundenlang verhört werden, hat jedenfalls im Finanzministerium kein Entsetzen und engagierte Proteste ausgelöst.

Gleich verhielt es sich im Fall der neuen Ankäufe von CDs mit heissen Bankkundendaten durch das nordrhein-westfälische Finanzministerium. Das ohnmächtige Hinnehmen von deutschen Rechtsbrüchen wird zum Normalfall – auch wenn neben Bankkundendaten offenbar auch hochsensible Unterlagen zu Stiftungen geklaut wurden.

Kindisches mal anders Ein Parlamentarier aus dem dynamischsten Kanton der Schweiz erheiterte seine Kollegen am Rande einer Kommissionsitzung mit einem neckischen Vorschlag. Die Nationalbank möge doch ihre Devisenreserven von über 400 Milliarden Franken endlich sinnvoll investieren und unserem südlichen Nachbarland zumindest das Veltlin abkaufen (von 1512 bis 1797 Bündner Untertanenherrschaft). Langfristiges Ziel des Schalks von der Limmat wäre aber der Zugang zum Meer...

## Saubannerzug

Mit Hitzeschlag allein lässt sich der Aufruf von Jungsozialisten-Chef David Roth nicht erklären, die SVP-Durchsetzungsiniziativa mit falschen Unterschriften zu sabotieren und durch das Einsenden leerer vorfrankierter Unterschriftenkarten die Volkspartei finanziell zu schädigen. Der Luzerner Kantonsrat ist immerhin schon 27-jährig und als Geschichtsstudent dürfte er mit den demokratischen Spielregeln nicht gänzlich unvertraut sein. Sein pubertärer Saubannerzug zeigt immerhin in aller Deutlichkeit, dass ein Mitglied des SPS-Parteivorstands nicht einmal über das Mindestmass an Anstand verfügen muss.

## Atom spaltet

Der im Vorwahlfeber 2011 beschlossene Atomausstieg ist plötzlich doch nicht die allein seligmachende Idee: die vier Schweizer Akademien der Wissenschaften (Naturwissenschaften, technischen Wissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und Medizin) stellen sich wegen interner Differenzen nicht hinter die atomfreie Strategie des Bundesrates. Während ein Teil der Gelehrten die KKW nicht stilllegen will, möchten andere die Abschaltung. Einigkeit besteht aber in zwei Sachfragen: Die Nuklearforschung soll fortgesetzt werden, und auf den Bau von thermischen Kraftwerken muss verzichtet werden. Für weiteren Zoff gibt es auch sonst reichlich Stoff. Denn zur Versorgungssicherheit fordern die Akademien auch eine Anbindung an das europäische Netz, was wiederum ein Stromabkommen mit der EU absolut unabdingbar macht. Zu hoffen ist, dass auch das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesgericht den Bericht der Akademiker zumindest zur Kenntnis nehmen, wenn sie demnächst über die Klagen der KKW-Gegner entscheiden.

## WORTE DER WOCHE

«Die Schweiz könnte auch 20 Millionen Einwohner haben, und sie wäre trotz der grossen unbewohnbaren Fläche mit Alpen und Seen noch immer nicht so dicht besiedelt wie Singapur. Die Frage ist nur: Wollen wir das? Ist das mit unserer Unabhängigkeit vereinbar? Die Schweiz braucht schon heute viel mehr Ressourcen, als sie selber erneuern kann. Je mehr Einwohner wir haben, desto abhängiger machen wir uns vom Ausland beim Erdöl oder bei den Nahrungsmitteln.»

Professor Silvano Moeckli,  
Politikwissenschaftler, Uni St. Gallen

**EINKAUFSTOURISMUS** – Der günstige Eurokurs lässt Detailhandelumsätze schrumpfen, auch Dienstleister und Gastronomen sind betroffen. Nicht alle habens begriffen ...

## Staatsbetriebe auf Abwegen

Im «Bote der Urschweiz» stand es: «Konstanz – Highlights der grössten Stadt am Bodensee für 49 Franken ... Attraktiver Eurokurs regt zum Shopping an.» Dann kam die «Neue Luzerner Zeitung» auf eine ähnliche Idee und warb für eine Leserreise nach Freiburg im Breisgau. Dass Zeitungen Ausflüge organisieren, ist nichts Neues. Dass sie mit dem günstigen Eurokurs werben, ist auch kein Geniestreich. Dass aber offenbar die SBB bei diesen Aktionen mitmachen, ist aber brisant. Immerhin waren die angebotenen Ticketpreise (erste Klasse) um die Hälfte reduziert und immerhin gab es einen 5-Euro-Bon als Geschenk – einlösbar am SBB-Schalter. Merkwürdig. Noch merkwürdiger verhält sich indes die PostAuto AG. In der Ostschweiz wird Werbung für Geschäfte in Italien in den Fahrzeugen gemacht. Sind unsere Staatsbetriebe daran, die Konsumentinnen und Konsumenten zum Einkaufen im Ausland zu animieren?

## Im Windschatten der Monopole

Es ist sonderbar: Staatsbetriebe wie die PostAuto AG oder die SBB geniessen eine dreifache Garantie. Erstens sind sie Monopolisten, d. h. sie haben die Kunden ohnehin und ohne unter dem Druck der Konkurrenz zu stehen. Zweitens profitieren sie direkt und indirekt von den Staatsgeldern, von den Steuern also. Drittens haben sie die Zuversicht, dass ihnen der Staat über stürmische Zeiten hinweghelfen würde. PostAuto und SBB sind also von der Schweizer Volkswirtschaft direkt abhängig. Wenn es ihr nicht gut geht, gibt es weniger Steuergelder für sie. Sollte man nicht erwarten, dass gerade Staatsbetriebe einen verantwortungsvollen Umgang



Vielen fehlt das «Gschpür»: Der «Bote der Urschweiz» ist mit seiner Konstanz-Promotionsaktion (Ausriss) in einen Fettnapf getreten.

mit der Hand, die sie nährt, hätten? Absurd sind die Fälle vor allem, weil der Bund sich sonst in allen Belangen, vom öffentlichen Beschaffungswesen bis zur Energiestrategie, eine Vorbildfunktion zuschreibt. Offenbar gilt dieses hehre Ziel für PostAuto und SBB nicht. Doch auch die privaten Unternehmen tragen Verantwortung. Firmen, die in der Schweiz sind, profitieren alle von den Vorzügen der günstigen Rahmenbedingungen. Es ist daher zu erwarten, dass auch sie Sorge um die Volkswirtschaft tragen.

## Gewerbe wehrt sich

Kari Fisch, Präsident des kantonalen Gewerbeverbands Schwyz, wehrte sich deutlich gegen das Shopping-Reisli nach Konstanz. Namens seines

Verbandes schrieb er: «Wir können nicht verstehen, wie man dazu aufrufen kann, einheimisches Gewerbe, das seit längerer Zeit unter dem starken Franken zu leiden hat, weiter zu schwächen.» Und er setzte fort: «Ihre Zeitung lebt nicht zuletzt von Inseraten einheimischer Gewerbetreibenden ... Dass Sie sich aber mit dieser Aktion bei bestehenden Inserenten keine Freunde schaffen, versteht sich von selbst.» Das hat genützt! Der «Bote der Urschweiz», aber auch die «Neue Luzerner Zeitung» haben ihre Aktionen schnell in den Schubladen verschwinden lassen.

## Uneinsichtige PostAuto AG

Anders war es bei der PostAuto AG. Gian Andrea Scartazzini, ein Gewerbetreibender aus Promontogno, be-

schwerte sich gegen die Werbung für Geschäfte aus Italien im Postauto. Er erhielt – 40 Tage nach seiner Beschwerde – eine uneinsichtige Antwort: «Im Bereich der Akquise von Werbekunden mit Sitz im Ausland haben wir keine expliziten Einschränkungen vorgenommen.» Auch der sgv hat sich bei der PostAuto AG gemeldet und angeregt, ein positives Zeichen zu setzen und die Plakate «Ja zur Schweiz» in den Fahrzeugen aufzuhängen. Hier blockt der Staatsbetrieb ebenfalls: «In politischen Diskussionen und Kampagnen nehmen wir eine neutrale Haltung ein. Aus diesem Grund können wir leider die Materialien der Kampagne ... nicht in unseren Fahrzeugen auflegen.»

Pikant: Eine Kopie des Schreibens der PostAuto AG an den sgv ging an den Leiter Politik und gesellschaftliche Verantwortung des Staatsbetriebs. Also haben sie bei der PostAuto AG eine Stelle, die sich mit dem Politischen auseinandersetzt – aber selber bereit, etwas Gutes zu tun, ist die PostAuto AG nicht.

## Direktive von «oben»?

Was bleibt? Private Unternehmen wie die Innerschweizer Zeitungen sind bereit, aus den Fehlern zu lernen; doch die Staatsbetriebe, die von der Schweizer Wirtschaft genährt werden, nicht. Gian Andrea Scartazzini zeichnet die Optionen auf: «Ich frage mich, ob man nicht doch auf höherer politischer Ebene eine Stellungnahme zum Missbrauch von öffentlichen Verkehrsmitteln beantragen sollte.»

Henrique Schneider,  
sgv-Ressortleiter Wirtschaft/Umwelt

**SCHNÄPPCHEN-STUDIE** – Wissenschaftler wollten genau Bescheid wissen über Designmöbel-Preise in Deutschland und in der Schweiz. Die Ergebnisse der Untersuchung überraschen.

## Schweizer Kunden ohne Nachteile

Mit der Frankenstärke jagen viele Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten Schnäppchen ennet der Grenze. Immer wieder kommen Nachrichten von Preisdifferenzen von über 20 Prozent. Dies veranlasste die Interessengemeinschaft De-

signmöbel Schweiz (IGDS), eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die einmal auf die Frage antworten sollte: Um wie viel billiger sind die Möbel in Deutschland? Die Fachhochschule St. Gallen (FHS) fand die Antwort: Der Preisunterschied be-

trägt – ohne Transport und Verzollung – durchschnittlich 7,5 Prozent. Einige Produkte sind sogar in der Schweiz günstiger als in Deutschland. Für Yves von Ballmoos, Sprecher der IGDS, ist die Botschaft klar: «Der Kunde, der in der Schweiz kauft hat keine Nachteile.»

## Erstmals echte Vergleiche

Der Preisvergleich der FHS ist nicht nur wegen des Resultats erstaunlich. Es ist auch das erste Mal, dass eine solche Studie systematisch für die gesamte Branche gemacht wurde. Sie ist auch eine der wenigen statistisch abgesicherten Studien zu den Preisunterschieden überhaupt. Datenbasis für den Vergleich der Designmöbelmärkte stellten systematisch ermittelte Preisangaben von Möbel-/Einrichtungshäusern dar, die einem Mystery Shopper (anonymer Tester) im Zeitraum April/Mai 2012 kommuniziert wurden. Einbezogen wurden 306 Schweizer (Nordostschweiz) und 95 deutsche (Süddeutschland) XXXX. Für den Preisvergleich wurden von 23 repräsentativen Marken abschliessend zehn Produkte definiert, für die eine mengenmässig ausreichende und damit statistisch verwertbare Datenbasis vorlag.

## Erstaunliche Resultate

Neun von zehn Produkten weisen einen augenscheinlich höheren Preis in der Nordostschweiz auf als im grenznahen süddeutschen Möbelmarkt, aber eines davon ist günstiger in der Schweiz. Bei sechs von zehn Produkten konnte kein signifikanter Preisunterschied zwischen dem Nordostschweizer und dem grenznahen Deutschland festgestellt werden. Lediglich bei vier von zehn Produkten konnte eine Preisdifferenz statistisch nachgewiesen werden. Kurzum: Bei vier von zehn Produkten sind die Preise im grenznahen Süddeutschland statistisch signifikant günstiger als in der Nordostschweiz.

Und trotzdem: Auch wenn diese vier Ausreisser mitgerechnet werden, beträgt der prozentuale Preisunterschied im Durchschnitt 7,5 Prozent. Das ist kaum eine attraktive Differenz, weil noch beträchtliche Transport- und Verzollungskosten hinzukommen. «Wenn man hier noch Service, Beratung, Garantieleistungen und so weiter dazu rechnet, kommt man auf einen Unterschied von 3,5 Prozent.» Yves von Ballmoos weiss auch hier Rat. «Wenn die Kunden nach einem Skonto anfragen, sagt niemand nein.»



Der Kauf in Deutschland bringt keine Vorteile: Designmöbel kosten in der Schweiz fast gleich viel.

**VOLKSABSTIMMUNG** – Die wichtigsten Argumente für das Volksbegehren «Sicheres Wohnen im Alter».

# «Schuldenberg abbauen!»

Gemäss dem Hauseigentümerverband HEV Schweiz leiden Tausende ältere Wohneigentümer aus dem Mittelstand unter der unfairen Besteuerung des Eigenmietwertes. «Sie haben ihre Hypothekenschulden abbezahlt und werden für ihre Schuldenfreiheit mit hohen, ungerechten Steuern bestraft. Damit gefährdet der Fiskus nicht nur unsere Volkswirtschaft, sondern torpediert auch eine zielführende Vorsorgepolitik und untergräbt Rechtschaffenheit und Eigenverantwortung», argumentiert der HEV Schweiz und spricht sich zusammen mit Befürworterinnen und Befürwortern aller bürgerlichen Parteien für die Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» aus. Auch der Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder ist ganz klar für eine Annahme der Initiative. Dabei verweist er auf die Gefahren des immer grösser werdenden Schuldenberges. Keine Schulden anzuhäufen sei eine vertraute Schweizer Tugend. Allerdings seien die Schweizer bezüglich Steuern, wenn es um das Wohneigentum gehe, leider weniger tugendhaft. Das Schweizer Steuerrecht erlaube den Steuerpflichtigen, ihre bezahlten Schuldzinsen steuerlich in Abzug zu bringen. Dies umfasse nicht nur Hypotheken, sondern auch Privatkredite oder Darlehen. Dabei spiele es keine Rolle, was mit dem geliehenen Geld gekauft werde, ist der Ständerat aus Unterägeri überzeugt: «Wer einen Kredit aufnimmt, um sich ein neues Auto, ein Segelboot, eine Wohnungseinrichtung, eine Weltreise oder sonst irgendetwas zu leisten, kann seine Schuldzinsen in der Steuererklärung von seinem Einkommen abziehen. Das steuerbare Einkommen und die zu zahlenden Steuern verringern sich entsprechend.» Wohneigentümer hingegen würden im Schweizerischen Steuer-



Nur schuldenfreies Wohneigentum ist echtes Eigentum.

system als Spezialfall behandelt. Ihnen werde auf der Einkommenseite der fiktive Eigenmietwert unterstellt. «Steuerrechtlich wird ihnen auf diese Weise eine Einnahme angerechnet, die sie gar nie erwirtschaften. Dieses fiktive Einkommen muss zusammen mit dem übrigen Einkommen versteuert werden», so Eder.

## Mit höheren Steuern bestraft

Es bleibe nur der fiktive «Eigenmietwert», der weiterhin dem Einkommen angerechnet und versteuert werden müsse. Denn die Zinsen könnten nach Abbezahlung der Hypothekenschulden nicht mehr vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Daraus schliesst Eder: «Wer als Wohneigentümer rechnet, merkt schnell: Eine schuldenfreie oder mög-

lichst schuldenfreie Finanzierung macht keinen Sinn. Schuldenfreiheit wird mit höheren Steuern bestraft, und somit bleibt der Anreiz, die Schulden abzubezahlen, aus.» Der FDP-Politiker verweist auf die massive Verschuldung von Besitzern von selbstgenutztem Wohneigentum. «Inzwischen beträgt die Hypothekenschuldung rund 650 Milliarden Franken. Es handelt sich dabei um eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen weltweit. Sie übersteigt sogar das Schweizer Bruttoinlandprodukt.» In diesem Zusammenhang gibt Eder zu bedenken, dass vor kurzem die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) den Ausblick von neun Schweizer Banken auf «negativ» gesetzt hat. Die gestiegene Gefahr einer Immobilienblase treffe unter anderem das Rating der Zürcher Kantonalbank (ZKB), der

grössten Schweizer Bank mit Staatsgarantie. Weitere Kantonalbanken, die traditionell stark im Hypothekengeschäft verankert seien, seien ebenfalls von einer Herabstufung betroffen. Auf «Negativ» gesetzt sei auch der Ausblick für die Migros Bank, ebenfalls ein bedeutender Hausbau- und Wohnungskauffinanzierer. Aus volkswirtschaftlichen Überlegungen stelle diese hohe Verschuldung eine ernste Bedrohung dar: Sie mache Wohneigentümer anfällig für Immobilienkrisen und andere konjunkturelle Schwankungen. «Von diesem Schuldenberg geht eine latente Gefahr für die Volkswirtschaft aus, sind doch die meisten bisherigen wirtschaftlichen Krisen von den Immobilien ausgegangen», warnt Eder und rät zur besonderen Vorsicht. In diesem Sinn sei die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» zum Wohle der Schweizer Volkswirtschaft, denn so würde die Verschuldung abnehmen und zusätzliche Stabilität geschaffen. Daher appellierte Eder an die Stimmbevölkerung, mit einem Ja zur Initiative diesen gefährlichen Schuldenberg langfristig abzubauen.

## Kein echtes Eigentum

In dieselbe Kerbe schlägt auch die Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli-Koller und befürwortet somit die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter». «Viele Wohneigentümer arbeiten ihr ganzes Leben lang hart, damit sie im Alter schuldenfrei im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung leben können.» Damit würden sie einer urschweizerischen Tugend folgen – nämlich jener der Schuldenfreiheit. «Dass sie dafür vom Staat mit hohen Steuern bestraft werden, ist stossend und unfair.»

In der Tat ist es nicht zu erklären, weshalb der Staat mit der Besteuerung des fiktiven Eigenmietwertes die Schuldenfreiheit von älteren Wohneigentümern so massiv torpediert. Das Ziel der Initiative sei denn auch, dass Wohneigentümer im Rentenalter für ihr Pflichtbewusstsein nicht mehr länger bestraft, sondern belohnt würden, so Häberli-Koller. «Denn nur schuldenfreies Wohneigentum ist echtes Eigentum.»

## LINK

[www.sicheres-wohnen.ch](http://www.sicheres-wohnen.ch)  
[www.hev-schweiz.ch](http://www.hev-schweiz.ch)

## NACHLESE

### Beledigung der Frau

Eine alte Idee erlebt momentan ein Revival – und wird dadurch nicht besser: Die Frauenquote. Die Städte Bern und Basel diskutieren derzeit, ob städtische Kaderpositionen resp. staatliche Verwaltungsräte zu einem vorgegebenen Teil an Frauen vergeben werden müssen. Für Justizministerin Simonetta Sommaruga hingegen ist die Frauenquote «ein Reizwort, das sofort polarisiert». Die Berner SP-Bundesträtin findet, dass eine isolierte Quotendiskussion dem Thema Gleichberechtigung nicht gerecht wird. Und selbst der Berner Stadtpräsident und SP-Nationalrat Alexander Tschäppät sagte gegenüber dem «Sonntag», eine Vorgabe von 35 Prozent Frauen für städtische Kader sei «nicht erfüllbar». Die Stadtberner Bürgerlichen erwägen bereits rein präventiv ein Referendum gegen eine allfällige Frauenquote: «Die Quote ist eine Beledigung der Frau, die als schwach und schutzbedürftig dargestellt wird», so die Gegner.

### Beledigung der Sprache

Geht es nach den Schweizer Tabakgegnern, so wird man die deutsche Sprache vermutlich neu erfinden müssen. Denn die Leute von der (durch den Bund reichlich subventionierten) Lungenliga sie wollen die unmissverständliche Formulierung «Nicht geraucht werden darf in allen Innenräumen, die als Arbeitsplatz dienen» so verstanden wissen, dass in Einzelbüros durchaus gepufft werden kann. Lungenliga-Präsident Otto Piller hat in sprachlicher Akrobatik allerdings beste Erfahrung, konnte er doch als Chef des Bundesamtes für Sozialversicherungen die Explosion der IV-Defizite so wunderbar schönreden, dass sie gar zur Kenntnis genommen wurden.

### Wer hat das Sagen?

Mit der ökologischen Steuerreform will Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (Bild) die Zukunft der Eidgenossenschaft prägen. Entsprechend forciert sie das Projekt und will bereits in der ersten Hälfte 2013 eine Vorlage mit den Eckwerten in die Vernehmlassung schicken, wie sie diese Woche in einem Interview verriet. Die Bündnerin scheint reichlich selbstsicher zu sein. Eine Vernehmlassungsvorlage anzukündigen, noch bevor der Gesamtbundesrat überhaupt grünes Licht dafür gegeben hat, ist zu Bern eher unüblich. Bislang war lediglich davon die Rede, dass das Finanzdepartement einen «Bericht» zur Steuerreform ausarbeiten soll. Zumindest in Doris Leuthards Energiedepartement (Uvek) ist man nicht erfreut über das eigensinnige Vorgehen der BDP-Bundesträtin. «Der Bericht zur ökologischen Steuerreform liegt uns noch nicht vor», sagte eine Sprecherin dem «Tages-Anzeiger». Zudem hielt sie fest, «dass das Paket zur zweiten Etappe ebenfalls vom Uvek vorbereitet» werde. In diesem zweiten Paket werde eine Energieabgabe als Schritt hin zu einem Lenkungs-system geprüft. Die Vernehmlassung dazu sei jedoch nicht zu erwarten, bevor das Parlament das erste Paket beraten habe. Offenbar bestehen zwischen den Departementen der beiden Damen Differenzen, wer in der Sache das Sagen hat. Ein Sprecher von Widmer-Schlumpf teilte nämlich seinerseits mit: «Aufgrund der Ergebnisse des Prüfberichts schlagen wir dann das weitere Vorgehen vor.» Und er macht auch klar, weshalb das Finanzdepartement die Arbeiten so schnell vorantreibt: «Mit dem ersten Paket der Energiewende werden die anvisierten Ziele nur zu rund der Hälfte erreicht. Es braucht weitere Massnahmen. Eine davon ist die ökologische Steuerreform.» Nachzutragen bleibt, dass die Idee der Öko-Steuerreform bisher nur bei den Linken und bei der Widmer-Schlumpf-Partei BDP auf positives Echo gestossen ist.



**UNWAHRE GEGENARGUMENTE** – Nationalrat Hans Egloff entkräftet die Vorwürfe bezüglich der Initiative «Sicheres Wohnen im Alter».

## In die richtige Richtung

Hans Egloff, der Zürcher SVP-Nationalrat und Präsident HEV Schweiz, widerlegt die wichtigsten Behauptungen der Initiativgegner und rückt die Fakten ins richtige Licht. Auf die Pauschalaussage der Gegner, es bestehe kein Handlungsbedarf, entgegnet er, dass selbst der Bundesrat zusammen mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren eingeräumt hätten, im heutigen System bestünden Fehlreize. «Rentner mit schuldenfreiem Wohneigentum, oftmals auch verwitwet, leiden erheblich unter der Besteuerung des Eigenmietwertes», so der HEV-Präsident. Und er betont, Rentner erzielten ein viel tieferes Einkommen als Erwerbstätige. Hätten die Betroffenen ihr Haus auf gutschweizerische Art abbezahlt, dann erhöhe der Eigenmietwert die Steuern massiv und der selbst erarbeitete Lebensraum werde zum finanziellen Albtraum. Zudem widerlegt Egloff den Mythos, wonach eine bestimmte Gruppe privilegiert werde und alle anderen Wohneigentümer nicht gefördert würden. «Die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» ist eine massgeschneiderte Ideallösung

für alle», so Egloff. «Dank dem Wahlrecht sorgt sie einerseits dafür, dass ältere schuldenfreie Wohneigentümer nicht mit hohen Steuern bestraft werden. Andererseits ermöglicht sie jüngeren Wohneigentümern, meist Familien mit Kindern, die auf die Abzüge der Schuldzinsen angewiesen sind, dass sie weiterhin nach dem heutigen System besteuert werden.»

## Kein «Steuergeschenk»

Der gegnerischen Behauptung, es handle sich bei der Initiative um ein Steuergeschenk, da weitere Abzugsmöglichkeiten beständen, widerspricht der SVP-Nationalrat vehement. Dies treffe nicht zu, denn mit dem Wegfall der Eigenmietwertbesteuerung entfalle auch der eigenheimbezogene Schuldzinsabzug und der Unterhaltsabzug werde auf bescheidene 4000 Franken im Jahr beschränkt. Dies damit auch in Zukunft ein Anreiz für Sanierungen bestehe. Diese Tatsache veranschaulicht er mit einem Beispiel aus der Praxis. Gerade unter dem Gesichtspunkt des angestrebten Atomausstieges komme der Sanierung des Gebäudeparks ei-

ne sehr wichtige Rolle zu und es sei wichtig, dass die Abzüge für energetische oder umweltschützerische Massnahmen bestehen blieben. Denn letztlich seien es die Energie- und Umweltschutzmassnahmen am Gebäudepark, die entschieden, ob der Ausstieg gelinge oder nicht. «Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die gleichen Kreise, die unbedingt auf Kernenergie verzichten wollen, die Notwendigkeit von finanziellen Anreizen für Sanierungen im Energiebereich jetzt verneinen,» stellt der HEV-Präsident fest.

## Instrument zum Schuldenabbau

Ebenfalls eine Fehleinschätzung liege vor, wenn die Gegner verlauten liessen, die Initiative gehe die Fehlanreize der privaten Verschuldung nur ungenügend an. «Schon der gesunde Menschenverstand sagt einem, dass jedes Instrument, das zu mehr Schuldenabbau führt, ein Gewinn ist», so Egloff. «Wir sind zuversichtlich, dass der grössere Teil der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unsere Ansicht teilt und am 23. September ein JA zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» einlegt.»

**CO<sub>2</sub>-VERORDNUNG** – Holz und PET senken die Emissionen beträchtlich. Doch diese anerkannte Tatsache scheint die Behörden nicht zu interessieren. Der sgv will nun Abhilfe schaffen.

# Ganz cool am Parlament vorbei

Eigentlich war es ein Erfolg für die Holzwirtschaft. In der Beratung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz nahmen die Räte einen Artikel auf, der klar sagt: «Die Leistung der Senken von verbautem Holz ist anrechenbar». Dieser Artikel 14 im neuen Gesetz anerkennt, dass Holz CO<sub>2</sub> bindet und somit Emissionen reduziert. Das wird in der Fachsprache Senke genannt. So weit so gut. Was macht aber die CO<sub>2</sub>-Verordnung mit dem Artikel 14? Nichts! Kein Wort! Und das sogar gezielt: Sie schliesst den Wald und alle andere Formen natürlicher CO<sub>2</sub>-Bindung als Reduktionsmassnahme aus, und zum verbauten Holz schweigt sie. «Das ist schlechte Gesetzgebungsarbeit», kritisiert sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler.

## Wertvolles Speichermedium

Lignum äussert sich im Rahmen der Anhörung zur Verordnung klar: «Die Holzwirtschaft erwartet, dass in der Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes entsprechend dem politischen Willen des Parlaments ein deutlicher Anreiz gesetzt wird, welcher es ermöglicht, den Speicher-Effekt der inländischen Verarbeitung und Verwendung von Holz optimal zu nutzen.» Die Klimaleistung von verbautem Holz fällt wirklich ins Gewicht. Die Holzlager im Schweizer Gebäudepark entsprechen zirka 85 Millionen Tonnen deponiertem Kohlendioxid. Zieht

man die Emissionen aus der Erstellung der Bauwerke ab, verbleiben netto rund 45 Millionen Tonnen Kohlendioxid, die bereits heute in den Gebäuden unseres Landes in Form von Holz gebunden sind. Das liegt grob in der Grössenordnung des Schweizer Jahresausstosses an CO<sub>2</sub>. In einem einzigen Einfamilienhaus mit etwa 200 Quadratmeter Wohnfläche in Holzbauweise stecken 35 bis 40 Tonnen CO<sub>2</sub>. Das nicht zu berücksichtigen, wäre ein Fehler. Mehr noch: Es wäre die Geringschätzung des parlamentarischen Willens, denn der Gesetzgeber sieht die Anerkennung der Senkenleistung von Holz ausdrücklich vor.

## PET als zweite Senke

Die Schweiz ist nicht nur Weltmeisterin in der Sammlung von PET, sie ist auch vorbildlich in der Ökobilanz von PET. Pro Kilogramm rezykliertes PET werden in der Schweiz mehr als drei Kilogramm an Treibhausgasen wie CO<sub>2</sub> eingespart, denn PET ist zu 100 Prozent wiederverwertbar. So konnte 2010 der Ausstoss von 139 000 Tonnen Treibhausgasen (hauptsächlich CO<sub>2</sub>) verhindert werden. Das entspricht dem Ausstoss aller Personenwagen des Kantons Schaffhausen. Damit eignet sich PET auch als CO<sub>2</sub>-Senke. Das ist zwar nicht ausdrücklich im Gesetz festgelegt, doch mit



Eine bessere CO<sub>2</sub>-Senke gibt es kaum: Bauholz ist ein nachwachsender Rohstoff aus einheimischer Forstwirtschaft.

der Einführung der CO<sub>2</sub>-Reduktion durch Bindung des Treibhausgases, ist eine Tür geöffnet. Und das ist auch vernünftig, denn mit PET wird die Schweiz nicht nur umweltfreundlicher, sie wird auch effizienter im Umgang mit Materialien. Man denke: Ein Land, das arm an Rohstoffen ist, kann sich dank Recycling als Stofflieferant auch weltweit po-

sitionieren. Und das alles dank der hohen Disziplin der freiwilligen Massnahmen.

## Diskussion neu aufrollen

Der sgv machte einen ausdrücklichen Vorbehalt in seiner Anhörungsantwort. Er verlangte einen Zusatzartikel in der Verordnung, der die Senkenleistung von Holz und PET operatio-

nalisiert. Der Verband ist auch bereit, die politische Diskussion darum nochmals neu aufzurollen, denn die Senke macht die Schweizer Wirtschaft klimafreundlich und effizienter. Cleantech kann schliesslich nur gedeihen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Henrique Schneider,  
Ressortleiter Wirtschaft/Umwelt

**ABSTIMMUNG VOM 17. SEPTEMBER** – Ständerätin Karin Keller-Sutter ist strikte Nichtraucherin. Dennoch lehnt die St. Gallerin die Rauchverbots-Initiative der Schweizerischen Lungenliga entschieden ab.

# Jeder soll freie Entscheidungen treffen können

Die landesweit bekannte FDP-Politikerin ist in einem Wirtshaus aufgewachsen und weiss somit, was es bedeutet, täglich mehrere Stunden in einem verrauchten Betrieb zu arbeiten. «Ich weiss aber auch, wie wichtig für gewisse Kunden das Rauchen für die Gemütlichkeit im Restaurant ist. Deshalb braucht es Kompromisse», meint Keller-Sutter. Am besten sei es, lokal auf die Bedürfnisse der Leute angepasste, statt radikal für die ganze Schweiz geltende Lösungen zu finden, betont die ehemalige St. Galler Polizei- und Justizdirektorin. Deshalb wende sie sich gegen das harte Verbot für Passivrauchen, welches das Volksbegehren der Lungenliga anstrebt.

## Schlimm für kleinere Betriebe

Die 48-Jährige stört sich zudem an der Tatsache, dass die Initianten nicht müde werden zu betonen, dass Rauchverbote einen positiven Einfluss auf den Umsatz der Gastronomie gehabt hätten. Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache: Ein Drittel der GastroSuisse-Mitglieder erwirtschafteten wegen der Rauchverbote weniger Umsatz, lediglich vier Prozent konnten sich deswegen verbessern. Ihr Fazit: «Negativ betroffen waren vor allem die kleinen Betriebe, die keine Investitionen in Fumoirs tätigen konnten. Von der Initiative betroffen wäre nun auch all jene, welche Fumoirs gemacht ha-

ben, weil diese Investitionen durch die Initiative zunichte gemacht würden.»

Sinkende Umsätze in der Gastronomie hätten Auswirkungen auf die ganze Wirtschaftskette im Gastronomiebereich. «Wird weniger in Gastrobotrieben konsumiert, sinken auch die Umsätze der Lieferanten und Hersteller von Getränken und Lebensmitteln. Einbussen erleidet auch der Detailhandel, für den der Verkauf von Zigaretten und anderen Genussmitteln wichtige Stützen sind; es sinken die Umsätze der Taxis; den Zeitungsverlagen fehlen Anzeigen und die Aufträge für Druckereien. Weniger Umsatz heisst aber nichts anderes als weniger Arbeitsplätze.»

## Absurde Alternativen

Umsatzeinbussen seien jedoch nur die eine Seite des Problems, betont Keller-Sutter. Bei einem radikalen Rauchverbot würde sich das Rauchen entweder nach Hause verschieben oder ins Freie. «Dies ist doppelt absurd: Zuhause setzt man seine Angehörigen dem Rauch aus und wenn Gruppen im Freien rauchen steigt die Lärmbelastung für Nachbarn an.» Radikale

Rauchverbote in Clubs, Bars und Restaurants mit Fumoirs führten somit nur dazu, dass „wir den Kompromiss für ein Problem aufheben und uns dadurch verschiedene neue Probleme einhandeln“.

## Heutige Lösung genügt

Die heutigen Gesetze bieten laut Keller-Sutter einen guten Kompromiss: Ein Bundesgesetz als Mindestnorm,

ergänzt durch kantonale Regeln. Diese Lösung ermögliche es jedem, seine persönliche Freiheit wahrzunehmen und – wenn er will – auch in ein Raucherlokal zu gehen. Für Keller-Sutter ist klar: «Die Rauchverbots-Initiative hat kaum positive, aber viele negative Seiten. Sie ist radikal. Sie ist wirtschaftsfeindlich. Sie respektiert den Föderalismus nicht. Sie gehört deshalb abgelehnt.

Mi

ANZEIGE

## Eine Vakanz in Ihrem Finanz- und Rechnungswesen oder Controlling?

Erfahrene und qualifizierte Kandidaten auf allen Stufen finden Sie mit vebjob, dem Personalberater des grössten Schweizer Fachverbandes in Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, veb.ch – weil Kompetenz sich auszahlt und Positionen im Finanz- und Rechnungswesen Vertrauenssache sind!

Rufen Sie uns an: Telefon 043 336 50 37 oder E-Mail an info@vebjob.ch. Gerne beraten wir Sie.

10% Rabatt auf die Vermittlungsgebühr für Mitglieder des Schweiz. Gewerbeverbandes

vebjob – die Stellenvermittlung von veb.ch  
www.vebjob.ch



VERMITTLUNG DIE PASST.

**vebjob**



Die Nichtraucherin Karin Keller-Sutter setzt sich für Raucher-Freiräume ein.

**ZU GEWINNEN:  
EINE NACHT  
IM HOTEL PILATUS-KULM  
FÜR DICH UND 59 DEINER FREUNDE**

# DIE SUCHE NACH DEM DRACHENSTEIN

**WER LIEST DIE SPUREN UND LÖST DAS RÄTSEL? JETZT AUF PILATUS.CH**

## Sicheres Wohnen im Alter

# Schuldenmachen nicht staatlich honorieren

In der Schweiz wird das Schuldenmachen staatlich gefördert. Das heutige System der Wohneigentumsbesteuerung belohnt alle, die ihre Schulden nicht abzahlen. Wer sein Leben lang spart, um im Alter schuldenfrei zu sein, wird bestraft. Das ist falsch.

Und es ist gefährlich: Die Schweiz ist, was die Verschuldung der privaten Haushalte anbelangt, eines der höchstverschuldeten Länder der Welt. Über 650 Milliarden Franken betragen die Hypothekarschulden. Dies birgt ein enormes Gefahrenpotenzial und macht uns anfällig für Immobilienkrisen. Spanien zeigt auf, was das für verheerende Folgen haben kann.

### Die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»:

- Schafft ein einmaliges Wahlrecht ab Alter 65, sich gegen den Eigenmietwert zu entscheiden. Dafür entfällt der eigenheimbezogene Schuldzinsabzug und der Unterhaltsabzug wird begrenzt.
- Schafft volkswirtschaftliche Stabilität indem die Verschuldung der Haushalte gesenkt wird.
- Fördert die eigenverantwortliche Altersvorsorge.

**Schulden abzahlen soll sich lohnen.**



**«Die Initiative fördert die Rückzahlung der Hypothekarschulden und ist damit ein Gewinn für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft.»**

Hans Egloff, Nationalrat SVP, Zürich



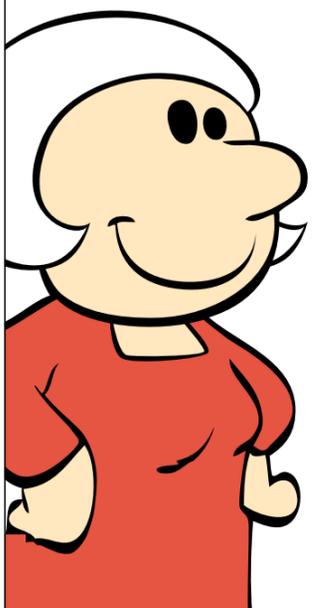
**«Schuldenfreiheit ist eine urschweizer Tugend und soll nicht mit hohen Steuern bestraft werden.»**

Brigitte Häberli, Ständerätin CVP, Bichelsee



**«Die Initiative berücksichtigt unterschiedliche Lebenssituationen. Während Junge noch auf eine Hypothek angewiesen sind, sollen Ältere wahlweise ihre Schulden zurückzahlen können, wenn sie das wollen.»**

Ruedi Noser, Nationalrat FDP, Wetzikon



**Faire  
Steuern**

**J A**  
23. September

[www.sicheres-wohnen.ch](http://www.sicheres-wohnen.ch)

Komitee «Sicheres Wohnen im Alter»,  
Postfach 8252, 3001 Bern

**PROVERIT AG, ZOLLIKOFEN** – Aus der Übernahme eines aufgegebenen Konzern-Geschäftszweiges entstand im Berner Vorort ein innovatives KMU, das sich im schwierigen Marktumfeld eine interessante Nische eroberte.

# Mit der Bauglaserei zum Erfolg

In den späten 1990-er Jahren streckte der vorwiegend in der Glasproduktion und in Baumaterialien tätige französische Grosskonzern Saint Gobain (weltweit über 190 000 Angestellte) seine Fühler in die Schweiz aus. Unter anderem wurde er auch in Bern fündig und übernahm die seit über 100 Jahren im Wankdorfquartier angesiedelte Glaserei Giesbrecht AG.

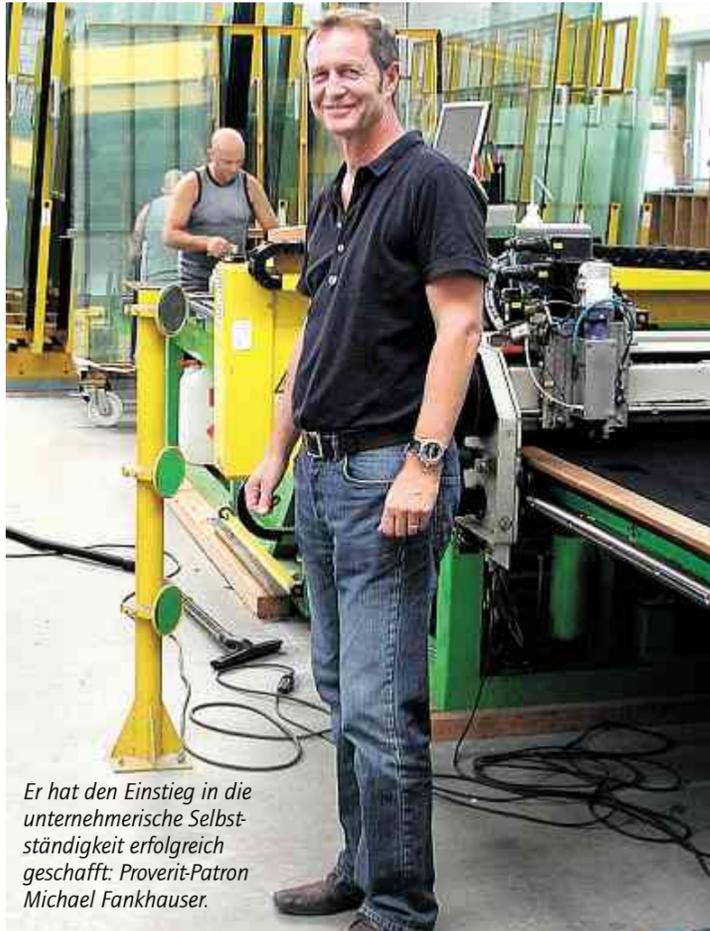
## Strukturberingung als Chance

Im Jahr 2000 beschloss die als Teil des Saint-Gobain-Konzerns zur Vertrotech AG gewordene Firma, sich von der Sparte Bauglas zu trennen und voll auf die Fabrikation – vorwiegend von Brandschutzglas – zu setzen. Damit schlug die Stunde von Michael Fankhauser. Der langjährige Giesbrecht-Mitarbeiter und Verantwortliche für den Bauglas-Bereich nahm mutig eine von seinem ehemaligen Chef geäusserte Idee auf und entschloss sich, die Bauglaserei als eigenständigen Betrieb weiterzuführen.

«Dank meinem Branchenwissen war ich überzeugt, dass dies möglich ist», erzählt Michael Fankhauser heute. «Richtig aufgebaut und gut geführt musste dies funktionieren.» So wurde die Proverit AG mithilfe verschiedener privater Geldgeber aktiviert und nahm 2001 unter der Leitung von Michael Fankhauser mit zwölf ehemaligen Mitarbeitern der alten Firma sowie einem Teil des Maschinenparks ihren Betrieb auf.

## Erfolgreich vom Start weg

«Beim Start half uns die gute Wirtschaftslage, und natürlich zogen auch die qualifizierten Mitarbeiter mit», bilanziert der Proverit-Geschäftsführer bescheiden. Dabei unterschlägt er, dass das junge KMU unter seiner Lei-



Er hat den Einstieg in die unternehmerische Selbstständigkeit erfolgreich geschafft: Proverit-Patron Michael Fankhauser.

tung eine wahre Erfolgsgeschichte hinlegte: in nur zehn Jahren wurden aus den etwa 3,5 Millionen Umsatz des übernommenen alten Geschäftsbereichs über 10 Millionen, und aus den anfänglich zwölf Mitarbeitenden sind heute bis zu 40 geworden, darunter viele gelernte Glaser, Glasfachleute und bis zu vier Glaserlehrlinge.

2006 zog die Proverit AG, die bislang in den alten Werkstätten im Wankdorf eingemietet war, in ihr neu erstelltes Produktions- und Geschäftshaus in Zollikofen. Mit der luftigen, funktionalen Werkhalle und dem ganz in Glas gestalteten Administrativbereich ist das Gebäude selbst die beste Visitenkarte für die Tätigkeit



Die Spezialisten aus Zollikofen bewältigen auch knifflige Spezialaufträge wie die Gestaltung des gläsernen Sicherheitseingangs im Bundeshaus.



Für den Firmenchef sind die Mitarbeitenden das wichtigste Betriebskapital.

des KMU. Stolz ist der Patron darauf, dass die gesamte Betriebsenergie durch das eigene Solardach erzeugt wird. Im Laufe der Jahre zogen sich die privaten Geldgeber zurück, und seit 2008 ist die Proverit Glas Holding AG, die Michael Fankhauser gehört, Mehrheitsaktionärin der Firma.

## Kleiner, dafür flexibler

Dass die Proverit AG von Beginn an stetig gewachsen ist, ist nicht selbstverständlich, denn der Schweizer Glasermarkt wird von einigen Grossbetrieben dominiert. «Wir haben einen Vorteil: Weil wir kleiner sind und nicht konzernmässig aufgestellt, sind wir flexibler», fasst der 48-jährige Berner zusammen. Die «Grossen» hätten eine Standard-Produktepalette, die kaum Raum für individuelle Wünsche lasse. «Wir können auf Sonderbedürfnisse jeder Art eingehen.» Wer will, kann sich bei der Proverit also sein eigenes Konterfei oder seinen Namen auf die massgefertigte Duschkabine oder Glas-türe setzen lassen, und auch eine pink-

farbene Glastrennwand ist kein Problem. Die Farbigkeit ist dank dem 2010 eigens erbauten Spritzwerk für Glasbeschichtungen möglich.

Heute macht der sogenannte Ganzglasbereich – Trennwände, Duschen, Türen, Schalterabschlüsse usw. – den Hauptgeschäftsteil der Proverit AG aus. Weitere Bereiche sind die Zulieferung (für Schreiner und Schlosser), Spedition, Reparaturen und Einzelanfertigungen.

## Druck der EU-Konkurrenz

Wie alle Bauzulieferbetriebe bekam auch die Proverit in den letzten Jahren die verstärkte Konkurrenz aus dem EU-Raum zu spüren. «In der Deutschschweiz drücken Glasereien aus Deutschland rein, in der Romandie sind es die Franzosen», weiss der KMU-Chef. Mitgeboten würde für alle Aufträge ab einer gewissen Grösse, «und dies ziemlich markant unter unseren Preisen». Fankhauser hat auf diese Entwicklung reagiert: man optimierte die Kosten im Materialbereich, zog sich vollständig aus dem Fassaden-Geschäft zurück und spezialisierte sich auf den Innenausbau sowie vermehrt auf die Bereiche Renovationen und Umbauten. «Dort gibt es Möglichkeiten für uns. Man muss vor Ort sein, in kurzer Zeit fabrizieren und montieren und auf Extrawünsche eingehen», schildert er die Situation.

## Weichen für die Zukunft gestellt

In die Zukunft schaut der Proverit-Chef nicht mit Sorge, sondern mit nüchternem Pragmatismus. «Wir sind in der komfortablen Lage, dass im Grossraum Bern momentan sehr viel Arbeit vorhanden ist. Doch der Knick kommt irgendwann unweigerlich, spätestens wenn die Zinsen in Bewegung geraten.»

Dank den letzten Entwicklungsschritten sei die Firma jedoch bereits so aufgestellt, dass sie einen Einbruch verkraften und den künftigen Markt abdecken könne. «Ich denke, wir sind gut vorbereitet», bringt es Michael Fankhauser auf den Punkt.

Marianne Grossenbacher

## GLASER/GLASERIN

### Ein Beruf mit Aufstiegschancen

Wie bei den meisten gewerblichen Berufen wurde jüngst auch die Aus- und Weiterbildung im Glaserberuf in einem vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) unterstützten Projekt neu konzipiert und angepasst. Heute dauert die Grundbildung EFZ zum/zur Glaser/Glaserin vier Jahre. Die Lernenden sind während vier Wochentagen im Betrieb tätig und besuchen am fünften die Gewerbeschule (für die ganze Deutschschweiz GIBS Olten, für die Romandie CEPM Morges). Glaser arbeiten handwerklich und an modernen CNC-Maschi-

nen im Betrieb; sie montieren die hergestellten Produkte auf Baustellen oder im Innenausbau bei Privatkunden. Fassadenverglasungen, Schiebe- und Trennwände, Glastüren und -duschen, Fenster, Spiegel sowie Glasmöbel sind typische Anwendungen.

Nach dem Lehrabschluss und einigen Jahren Praxiserfahrung bestehen folgende Weiterbildungsmöglichkeiten:

- die Berufsprüfung als Glaser-Vorarbeiter/in befähigt zu Führungskompetenzen und der Ausbildung von Lehrlingen;

- die Berufsprüfung Glaserfachmann/Glaserfachfrau richtet sich an Glaser und Quereinsteiger mit entsprechender Erfahrung. Der Glasspezialist erwirbt die Handlungskompetenz, um in einem Glasbetrieb oder im Aussendienst Kunden zu beraten;

- die höhere Fachprüfung Glasermeister/Glasermeisterin beinhaltet nebst umfassendem Fachwissen auch betriebswirtschaftliche Komponenten sowie zusätzliches Wissen in Statik und Bauphysik.

**WERKSTOFF GLAS** – Das einstige Spiegel- und Fenstermaterial wird heute beim Bauen für viele verschiedene Zwecke eingesetzt.

## Vielseitig, ökologisch und wiederverwertbar

In den letzten 15 bis 20 Jahren durchlief der Werk- und Baustoff Glas eine riesige Entwicklung. Kam er einst fast ausschliesslich für Spiegel und Fenster zum Einsatz, werden heute Häuserfassaden, Wände, Türen, Böden Treppen, Möbel und vieles mehr aus Glas gefertigt. Für Michael Fankhauser, den Geschäftsführer der Proverit AG, ist der Werkstoff Glas vor allem wegen seiner Anpassungsfähigkeit interessant. «Glas ist ein sehr empfindlicher Baustoff, man kann nicht einfach draufhauen. Doch wenn man vorher etwas damit macht, kann man sogar draufhau-

en», erläutert er schmunzelnd. «Jedes Glas hat entsprechend seiner Einbausituation eine andere Funktion.»

Für den Fachmann ist Glas ein moderner Baustoff mit immer noch steigendem Entwicklungspotenzial – und der Markt gibt ihm recht. Nebst den oben genannten Funktionen setzt man Glas heute auch ein für die Wärmedämmung, den Schall- und Brandschutz oder die Statik; zudem ist es ein ökologischer und wiederverwertbarer Rohstoff. Dank seiner Transparenz hat Glas keine Konkurrenz als Baustoff und ist auch nicht

vergleichbar mit anderen Baumaterialien.

### Bundeshaus und Luxushotel

Meist gehen wir jedoch achtlos an Glasbauten und -konstruktionen vorbei, ohne deren Funktionalität der Alltag aber schlicht undenkbar wäre. Vielleicht achtet man ja demnächst einmal darauf, wenn man vor der neuen SBB-Schalteranlage im Berner Hauptbahnhof in der Schlange steht: hier waren die Glasprofis der Proverit AG am Werk. Gleiches gilt für die hinter Glas geschützten historischen Stadtrelikte in der Christoffelunter-

führung und nur einige Schritte weiter – an der Erdoberfläche – die grossen bruchstabilen Eingangstüren des Warenhauses Loeb. Auch wer das Bundeshaus durch den gläsernen Sicherheitseingang betritt, hat unwissentlich Kontakt mit einem Produkt des Zollikofer KMU. Andere Prestige-Projekte der Proverit AG bleiben dem breiten Publikum aber wohl verschlossen: die Duschkabinen im Hotel Bellevue Palace in Bern und in den Suiten des Grand Hotels Bellevue in Gstaad. Letztere «wunderschön mit Sternenhimmel», wie Proverit-Chef Fankhauser schwärmt. mg

**RENAULT TWIZY** – Das Elektroauto fällt im Stadtverkehr auf – nicht nur wegen seiner bizarren Optik, sondern auch weil es viel Fahrspass bietet.

# Skurriler Sympathienträger

Sein innovatives Design und seine futuristische Architektur machen den Renault Twizy auf Anhieb zum Blickfang. Egal, ob für Jung oder Alt, das vierrädrige Tandem mit überdimensioniertem Schutzhelm ist ein Hingucker. Der zweiplätzig Renault Twizy mit seinem auf 80 km/h limitierten Elektroantrieb steht für die Elektromobilität der Zukunft. Bereits nach wenigen Metern ist klar, dass hier Profis am Werk waren: Das Team von Renault Sport hat das Fahrwerk des Elektroflohs so konzipiert, dass das neue Elektrovehikel selbst ohne ABS und ESP äusserst stabil am Boden haftet und sogar bei zu viel Tempo in der Kurve alle vier Räder gleich stark belastet. Eine Vollbremsung mit Höchstgeschwindigkeiten (80 km/h) meistert er problemlos und bricht da-

bei nicht aus. Die Sicherheit ist beim knuffigen Twizy grossgeschrieben, was in der Regel bei den herkömmlichen Stadtrollern keine Selbstverständlichkeit ist. So kann man sich dank Sicherheitskäfig, Vierpunktgurt und Airbag hinter dem Steuer sicher fühlen und beherzt aufs Gas drücken. Allerdings kommt man mit einer Batterieladung bei flotter Fahrt nur rund 50 km weit und nicht 100 km wie theoretisch angegeben. Einen Pluspunkt streicht der Twizy an der Ladestation ein. Hat man seinen Akku leergefahren, kann man ihn an einer ganz normalen Steckdose innerhalb von 3,5 Stunden aufladen und der Twizy ist wieder 100 Prozent einsatzbereit. Das drei Meter lange Spiralkabel wird anschliessend einfach wieder im dafür vorgesehenen

Stauraum unter einer Klappe in der Front versorgt.

## Parkieren leicht gemacht

An der Ampel hält der Kabinenroller locker mit den Rollern mit. Er schafft die ersten 50 Meter in nur 6,7 Sekunden dank dem 57-Nm-Drehmoment. Der Twizy schlängelt sich leicht und spritzig durch den Stadtverkehr und eignet sich bestens als lautloses, umweltfreundliches Vehikel für kurze Strecken. F1-Ingenieure, die auch schon für Weltmeister Vettels Red-Bull-Team tätig und beim Twizy für den Motor zuständig waren, sorgen mit dem 18-PS-Motor dafür, dass der Kleine auch auf der Landstrasse zügig unterwegs ist. Übrigens, im Gegensatz zu den EU-Ländern muss man in der Schweiz mindestens



Nicht nur für Freaks: Der Renault Twizy bietet viel Fahrspass.

18-jährig sein und den Ausweis Kategorie B1 (Klein- und dreirädrige Motorfahrzeuge mit einem Leergewicht von nicht mehr als 550 kg) besitzen, um ihn fahren zu dürfen.

## Wenig Stauraum

Pluspunkte streicht der wendige Stadtfritzer beim Parkieren ein: Dies ist dank 2,34 Meter Länge und ei-

nem Wendekreis von 1,24 Meter Breite ein Kinderspiel. Die Flügeltüren lassen einem elegant und bequem aussteigen. Ein Nachteil des Elektroflohs ist der Stauraum. Den beiden hintereinander positionierten Passagieren wird zwar genügend Platz einräumt, doch für Taschen oder Gepäck bleiben nur noch 31 Liter übrig. Nicht sehr kundenfreundlich und einleuchtend ist auch das Konzept der Batterie-Miete. Diese variiert je nach Jahreskilometerleistung zwischen 59 bis 86 Franken pro Monat. Der Elektro-Twizy ist ein eher teurer Mix aus Töff und Auto, kostet doch die Ausstattungsvariante «urban» 9600 Franken (10000 Franken für «color» und 10900 Franken für «technic». Trotzdem ist der Twizy ein Pionier, der Spass macht und gedacht ist für Leute, denen ein Roller wegen der Sturzgefahr bislang zu gefährlich erschien. CR

**ELEKTROAUTOS** – Erschwingliche Miniaturmobile mit E-Antrieb sind in den Grosstädten auf dem Vormarsch. Beispiele dafür sind Volpe oder Mia electric.

## Kommt zur Revolution im Stadtverkehr?

Der Smart muss seinen Titel als kleinstes Auto der Welt abtreten an die neuen Miniaturmobile mit E-Antrieb. Sie haben den 2,50 Meter kurzen Kleinwagen, der vor 15 Jahren eine Neuheit war, längst überholt. Der Smart hat wieder etwas an Grösse zugelegt und ist ganz der Zeit entsprechend, auch als Elektromobil erhältlich. Allerdings belegt er so punkto Grösse im «City-Rennen» einen der hinteren Plätze und kann mit den neuen «Mikros» nicht mehr mithalten. Man verspricht sich grosse Vorteile von den neuen «Kleinen». Sie sollen den Verkehr in den Städten flüssiger halten und als Elektrofahrzeuge einen Beitrag zur Umwelt leisten.

Eine Neuheit in dieser Klasse ist der Volpe. Das elektrische Stadttauto soll 2013 in den Handel kommen. Der Zweisitzer ist nach Angaben der italienische Firma Volpe nur 2,20 Meter lang, exakt einen Meter breit. Einer seiner grossen Vorzüge ist die Parkplatzsuche, kann der Volpe doch dank seiner flexiblen Grösse fast in jede Parklücke manövriert werden. Beim Aus- und Einsteigen gibt es dank der beiden Flügeltüren auch keine Probleme, wenn es rechts und links mal eng werden sollte. Mit vier elektrischen Radnabenmotoren können Geschwindigkeiten von maximal 105 km/h erzielt werden. Rund 8500 Franken soll das rollende Raumwunder kosten. Die Produktion ist in China

geplant und ist ausgelegt für 150000 Fahrzeuge im Jahr.

Zu den neuen Miniaturmobilen mit E-Antrieb gehört auch die Mia. Die Kleine kostet rund 19000 Franken, misst 2,87 Meter, bietet drei Personen Platz und ist auf dem Elektrofahrzeugmarkt ein wahrer Eyecatcher. Die Mia wurde von Beginn an speziell für Fahrten in der Stadt und der stadtnahen Umgebung konzipiert. Extrem kompakt, leise, ökonomisch und umweltfreundlich eignet sich die Mia mit ihrer Reichweite von bis zu 125 Kilometern ideal für die täglichen Fahrten.

Ein besonderes Highlight der Mia electric ist der mittig verbaute Fahrersitz, wodurch der Fahrer einen op-

timalen Überblick hat und bequem von jeder Seite einsteigen kann. Fahrgäste auf dem Rücksitzen erhalten so ein hohes Mass an Beinfreiheit. Durch die seitlichen Schiebetüren gelangt man auch bei knappen Platzverhältnissen von beiden Seiten ohne Umstände ins Innere der Mia. Angeboten wird das Citymobil Mia electric neben der 2,87 Meter langen Standardversion auch in zwei 3,19 Meter langen Varianten. Als Viersitzer-Modell Mia L bietet es die Möglichkeit, die Innenraumfläche den Bedürfnissen entsprechend anzupassen. Ebenso ist die Mia electric in der Kastenwagen-Variante Mia K als Einzelsitzer mit 1500 Liter Laderaum zu bekommen.

## WISSENSWERTES

**Modell:** Renault Twizy  
**Antrieb:** Elektromotor, 17 PS, 57 Nm ab 1/min; 1-Gang-Automatik. Heckantrieb. Lithium-Ionen-Akku, 6,1 kWh.  
**Fahrleistungen:** 0–45/80 km/h in 6,1/ca. 25 s, Spitze 80 km/h; Reichweite Werk/Test 100/65 km.  
**Masse:** Länge/Breite/Höhe = 2,34/1,24/1,45 m; Gewicht 550 kg; Laderaum 31 l.  
**Verbrauch:** Werks/Testverbrauch 6,3/10,8 kWh/100 km = 0/0 g/km CO<sub>2</sub>.  
**Preis:** ab 9600 Franken plus Akkumiete ab 59 Franken/Monat.

ANZEIGE

## KOSTENSPAREN DURCH ENERGIE-EFFIZIENZ.

«Mit dem KMU-Modell sparen wir Energie und Kosten. Das kommt auch der Umwelt zu Gute.»

BERNHARD WÜRSTEN, GESCHÄFTSLEITER  
 SERCON INFORMATIK UND INTERNET, MÄNNEDORF



Kontaktieren Sie uns zum KMU-Modell:  
**044 404 80 31**

info@kmu-modell.ch  
 www.kmu-modell.ch

KMU-Modell powered by

**Energie-Agentur**  
 DER WIRTSCHAFT ENAW

Klimastiftung  
 Schweiz

## DAS KURZE INTERVIEW

## «Saving Energy» als Motto



Beat Leu, dipl. Masch.-Ing. ETH, MBA HSG, Leiter swisspor Produktionsbetriebe Deutschschweiz.

**Gewerbezeitung:** Herr Leu, Sie sind für die Zusammenarbeit der drei swisspor-Betriebe in der Deutschschweiz mit der EnAW zuständig. Wieso verzeichnen die Firmen unterschiedliche Erfolge bei der Energieeinsparung?

■ **Beat Leu:** Bei der Wannerit AG waren gewisse Ersatzinvestitionen im Energietechnik-Bereich aufgrund des Zustands bestimmter Anlagen nicht weiter aufschiebbar. Deshalb wurde eine komplette energetische Sanierung der Produktion realisiert. Der Brand der Produktions- und Lagerhallen der Baukork AG wurde zum Anlass genommen, das bereits in Angriff genommene Energietechnik-Konzept der Wannerit AG auch für die Baukork AG zu übernehmen und weiter zu optimieren. Bei der Alporit AG gab es diese Auslöser bisher nicht, weshalb die geplante, energietechnische Sanierung der Alporit AG wegen anderer Projekte zunächst zurückgestellt wurde. Das Einsparpotenzial ist jedoch auch bei der Alporit AG beträchtlich, weshalb das Projekt ganz oben auf unserer Liste steht.

*Die swisspor-Gruppe gehört in Sachen Energiesparen selber zu den Experten. Was brachte Ihnen die Zusammenarbeit mit den Spezialisten von der EnAW?*

■ Dank der Zusammenarbeit mit der EnAW wird der effiziente Einsatz von Energie in den Produktionsunternehmen regelmässig thematisiert. Das Vereinbaren, Umsetzen und Einhalten der vereinbarten Massnahmen und insbesondere das Benchmarking zwischen den Firmen wird so gefördert. Insbesondere dieser Benchmark zwischen den drei Firmen Alporit, Baukork und Wannerit, aber auch zwischen diesen Firmen und den weiteren Unternehmen innerhalb der swisspor-Gruppe führt zu laufenden Verbesserungen beim Energieeinsatz in der Produktion. Zudem hat es den Nebeneffekt, dass so ein kleiner interner Wettbewerb gefördert werden kann.

*Wie bewusst achten Ihre Kunden auf die klimafreundliche Herstellung und Herkunft ihrer Produkte?*

■ Der Wunsch unserer Kunden, klimafreundliche Produkte einzukaufen und in ihren Objekten einzusetzen, wächst. Dabei geht es den Geschäftspartnern insbesondere um klimafreundliche Rohmaterialien und im Moment noch weniger um die klimafreundliche Herstellung der Produkte. Unsere Kunden wollen qualitativ erstklassige, preiswerte und rasch verfügbare Produkte beziehen können. Dank eines energieeffizienten und damit auch klimafreundlichen Herstellungsprozesses können wir die Wünsche unserer Kunden mit unseren Zielen in Einklang bringen. Allerdings darf man dabei natürlich nicht vergessen, dass solche Herstellungsprozesse einiges an Vorinvestitionen unsererseits verlangen. Die klimafreundliche Herstellung unserer Produkte ist Teil unserer Firmenphilosophie. In diesem Bereich strebt die swisspor Lösungen an, die dem Kunden «ein gutes Gefühl geben», was den schonenden Umgang mit unseren Ressourcen betrifft. Ganz nach dem Motto der swisspor: Saving Energy.

## DIE ENERGIEAGENTUR

Die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) verfolgt seit mehr als zehn Jahren erfolgreich das Ziel, Unternehmen in der Schweiz mit wirtschaftlichen Massnahmen energetisch fit zu machen. Die EnAW ist Partner von Bund und Kantonen und wird von den grossen Wirtschaftsverbänden (auch dem sgv) getragen. Kontakt: Armin Eberle, Geschäftsführer, Tel. 044 421 34 45, armin.eberle@enaw.ch

## LINK

www.enaw.ch

**SWISSPOR GRUPPE** – Die führende Schweizer Anbieterin von Isolationslösungen für Gebäudehülle ist geradezu prädestiniert, sich selbst die Energieeffizienz auf die Fahnen zu schreiben.

# Klimaschutz in drei Stadien

Die swisspor-Gruppe entwickelt, produziert und vertreibt in der Schweiz und in Europa ein umfassendes Sortiment an hochwertigen Produkten und hochleistungsfähigen Systemlösungen für die Dämmung und Dichtung der Gebäudehülle vom Unterterrainbereich über die Fassade bis ins Dach. Dem Unternehmen war daher klar, dass auch seine Betriebe energieeffizient produzieren sollen. Mit der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) wurde ein Partner gefunden, der gar einen internen Energieeffizienz-Wettbewerb entfachte.

## CO<sub>2</sub>-Ausstoss massiv reduziert

Die swisspor-Gruppe umfasst in der Deutschschweiz nebst der Verkaufsgesellschaft swisspor AG unter anderem die drei Produktionsbetriebe Alporit AG, Baukork AG und Wannerit AG. In allen dreien werden mit der EnAW beschlossene Massnahmen umgesetzt, um den Energiebedarf und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken. In der Romandie wiederum konnte die swisspor Romandie SA mit einem 2010 realisierten Neubau in Châtel-St. Denis bei gleicher Produktionsmenge ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss um zwei Drittel senken.

## Einsparungen nach Brandfall

In der Deutschschweiz ist man nicht an allen Standorten gleich weit fortgeschritten. Im Fall der Baukork AG war es ausgerechnet ein Unglücksfall, der bewirkte, dass man bei diesem Unternehmen grosse Einsparungen erzielte. Am 25. Mai 2007 stieg in Steinhausen im Kanton Zug eine riesige schwarze Rauchwolke auf, die bis in die Stadt Zürich sichtbar war. Mehr als 400 Feuerwehrleute aus Zug und den Nachbarkantonen konnten nicht verhindern, dass beim Brand in der Baukork AG die Produktions- und Lagerhallen komplett zerstört wurden. Bei der Planung des Neubaus setzt man auf moderne, energieeffiziente Lösungen. Als die Produktion wieder aufgenommen werden kann, ist der Energieaufwand pro Tonne verarbeiteten Rohmaterials auf einen Drittel geschrumpft. Die meisten Effizienzmassnahmen wurden bei der Wannerit AG im glärnschen Bilten umgesetzt. Hier konnten im Jahr 2010 der jährliche Gesamtenergieverbrauch um 8100 MWh und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 2200 Tonnen gesenkt werden. Bei der Baukork AG waren es 6600 MWh/a und 1300 Tonnen CO<sub>2</sub>.

## Optimierung beim Abluftprozess

Einen grossen Anteil an diesen Einsparungen hat in beiden Fällen eine Optimierung des Prozesses zur Behandlung der Abluft. Bei der Herstellung des EPS-Dämmstoffes (expandiertes Polystyrol) für die Gebäudeisolierung bewirkt Pentan, dass das Granulat – der Ausgangsstoff – bei Bedampfung aufschäumt. Die Oberfläche wächst und Sauerstoff wird eingebunden – dies sorgt für beste Dämmeigenschaften und ein tiefes Raumgewicht. Nach dem Schäumen muss das Pentan jedoch vernichtet werden, damit es nicht als Schadstoff in die Atmosphäre gelangt. Sowohl bei der Wannerit AG als auch bei der Baukork AG wurde hierfür im Jahr 2010 die thermische Nachverbrennung, bei der das pentanhaltige Gasgemisch mit Hilfe von Heizöl verbrannt wurde, durch eine regenerative Nachverbrennung (RNV) ersetzt. Der Unterschied besteht darin, dass mit der RNV fast komplett auf

den Einsatz von Brennstoffen verzichtet werden kann. Denn, wenn der Pentan-Anteil im Gasgemisch hoch genug ist, läuft die Verbrennung autotherm ab. Das heisst, dass die Energie, die im Pentan-Luftgemisch vorhanden ist, ausreicht, um den Verbrennungsprozess in Gang zu halten.

## Schwesterliche Vorbilder

Diverse weitere Massnahmen haben zur höheren Energieeffizienz beigetragen.

In Bilten wurde beispielsweise das ganze Dampfleitungssystem erneuert. Während Jahren waren bei Aus- oder Umbauten neue Leitungen verlegt worden, die alle in den Keller unter der Produktionshalle führten. Im Jahr 2007 begann man mit der Sanierung des Leitungsnetzes. Bessere Isolation und eine Kondensatrückgewinnung zahlen sich heute aus: Die Neuerungen brachten jährliche Einsparungen von 1400 MWh und 300 Tonnen CO<sub>2</sub> mit sich. Bei

der Alporit AG stehen aktuell die meisten Arbeiten an – die Umsetzung der mit der EnAW beschlossenen Massnahmen hat soeben begonnen. Bald schon werden auch hier bedeutende Mengen an Energie, CO<sub>2</sub> und somit auch Geld eingespart werden. Profitieren wird die Alporit dabei von den positiven Erfahrungen der Schwestergesellschaften – ein Energieeffizienztransfer, von dem die swisspor-Gruppe als Ganzes profitiert. zvz



Baukork AG in Steinhausen: Der Energieaufwand pro Tonne verarbeiteten Rohmaterials konnte im Neubau auf einen Drittel gesenkt werden.



Wannerit AG in Bilten: Die regenerative Nachverbrennungsanlage im Produktionsbetrieb macht Brennstoffe fast überflüssig.

ANZEIGE

30 Jahre **adlatus**  
Netzwerk von Erfahrung und Kompetenz

Erfahrener Projektleiter gesucht?

[www.adlatus.ch](http://www.adlatus.ch)

Telefon 0848 48 48 88

**WÄRMEDÄMMUNG** – Eine gute Isolierung hilft Heizkosten sparen. Hausbesitzer haben die Qual der Wahl zwischen mindestens 20 Materialien, von Hanf bis zur Vakuumplatte.

# Warmer Mantel fürs Haus

Schon unsere Vorfahren mochten warme Hütten – sie dämmten deshalb ihr Heim mit Stroh und Heu und erreichten damit fast neuzeitliche Wärmeschutzwerte. Heute haben Hausbesitzer die Wahl zwischen mindestens 20 Materialien – jedes mit Vor- und Nachteilen. Dabei werden drei Hauptgruppen unterschieden:

- mineralische Stoffe wie Glas- oder Steinwolle,
- Polyurethan und Polystyrol, besser bekannt als Styropor,
- Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen wie Hanf, Baumwolle, Holzfasern oder Zellulose.

## Dünnere ist teurer

Diese drei Gruppen decken 95 Prozent des Marktes ab, sagt Werner Eike-Hennig vom Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Der Löwenanteil entfällt allerdings nach wie vor auf Glas- und Steinwolle. Die Konsumenten trafen ihre Wahl meist aufgrund der Kosten, sagt Eike-Hennig. «Es ist ein Unterschied, ob der Quadratmeter 35 Franken kostet oder bloss zehn.» Ein anderes wichtiges Kriterium ist die Wärmeleitfähigkeit. Hier gelte: «Je niedriger, desto besser die Dämmeigenschaft», erläutert die Energieberaterin Maria Feldhaus. Polystyrol mit einer Standardwärmeleitfähigkeit von 0,035 ist zwar preislich günstig, kann aber im Keller und unter dem Dach viel Platz beanspruchen. Denn die Dicke des Dämmstoffs entscheidet mit über den U-Wert – er gibt an, wie viel Wärme durch ein Bauteil geht. Und für das Material gilt in der Regel: Dünnere ist teurer.

## Sommerhitze nicht vergessen

Polyurethan bietet eine grössere Auswahl an Wärmeleitfähigkeiten als Polystyrol und damit die Möglichkeit, den U-Wert von 0,30 für den Keller mit weniger Werkstoff zu erreichen. Feldhaus und Eike-Hennig würden daher unter der Decke eher die dünnen Polyurethanplatten packen, damit sich nach der Dämmung nie-



Keine Hexerei: Auch bei einem alten Dachboden lassen sich mit Dämmung gute Energiesparwerte erzielen.

mand den Kopf anschlägt. Zudem hält Polyurethan mehr Druck aus und ist feuchtebeständiger, was bei der Dämmung der Kelleraussenwand eine Rolle spielen kann. Die Hauswand ist das zweite grosse Einsatzgebiet des weissen Hartschaums Polystyrol. Hier kommen richtig dicke Platten auf das Mauerwerk, um den geforderten U-Wert (rund 0,24) zu schaffen. Zur Dämmung des Dachbodens eignen sich Verbundplatten aus einer Polystyrolschicht und einer begehbaren Oberfläche aus Spanplatten. Das Material hat aber auch einen Nachteil: Es schützt kaum vor sommerlicher Hitze. Platzsparend ist das Ausblasen von Hohlräumen mit Styroporkörnchen, deren Graphitummantelung für eine gute Wärmeleitfähigkeit sorgt. Das Einblasen sollten ausschliesslich erfahrene Fachleute übernehmen, rät Expertin Maria Feldhaus: «Heimwerker sind damit klar überfordert.»

Steinwolle ist ein Klassiker an der Aussenwand, wo U-Werte um 0,28 gängig sind. Da braucht es Experten, welche die Dicke des Materials bestimmen. Die für den Dachboden geforderten 18 Zentimeter werden mit Stein- und Glaswolleplatten schnell erreicht. Dabei werden die (auch schallschluckenden) Platten zwischen die Dachsparren geklemmt. Nach dem gleichen Prinzip funktioniert der Einbau zwischen Dachbalken. Um dort Feuchtigkeitsproblemen vorzubeugen, empfiehlt Feldhaus unbedingt den Einbau einer Luftdichtungsbahn als eine Art Dampfbremse.

## Ökoverarianten gehen ins Geld

Nachwachsende Rohstoffe kommen meist unter dem Dach zum Einsatz. Zellulose, also Altpapier, wird ähnlich wie Styroporkügelchen in die Hohlräume zwischen den Dachsparren geblasen, auch weicher Hanf

und Schaf- oder Baumwolle füllen diesen Platz gut auf. Für die Hauswand werden übrigens im hochpreisigen Segment Korkdämmplatten angeboten, die einige Zeit in Vergessenheit geraten waren. Insgesamt gilt: Wer die Ökoveriante wählt, greift tiefer in die Tasche. Das gilt nicht für die immer begehrteren Dämmstoffe aus Holzfasern. Sie werden sowohl zum Dämmen der Dachflächen und Aussenwände als auch zum Auskleiden der Decken und Wände eingesetzt.

Zu den ganz neuen Möglichkeiten gehört die Vakuumdämmung. Das platzsparende und damit auch für Innenräume geeignete Verfahren ist erst kurz auf dem Markt. Den Kern bildet eine mit Quarzsandpulver gefüllte Platte, die auf der Kühleisenschrankisolation basiert. Laut Fachleuten sind mit zwei Zentimetern 20 Zentimeter Dämmung möglich. *Gst*

## GUT ZU WISSEN



## Kampf den Moskitos

Im diesjährigen regenreichen Sommer vermehren sich Stechmücken (Bild) besonders stark. Aber schon mit einfachen Mitteln kann man verhindern, dass die lästigen Insekten ins Haus gelangen. «Eine halbierte Zitrone mit getrockneten Gewürznelken auf den Fensterbänken verteilen», lautet der Rat beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Pflanzen mit bestimmten intensiven Gerüchen im Topf auf der Fensterbank oder auf dem Balkon halten Mücken ebenfalls ab. Dafür geeignet ist besonders Lavendel; aber Basilikum, Tomatenpflanzen, Zitronenmelisse und Schnittlauch helfen ebenfalls. Die Regel „Licht aus“ bringt übrigens nichts. Denn Helligkeit zieht lediglich harmlose Zugmücken an. Stechmücken hingegen orientieren sich am Blutgeruch des Menschen. Grundsätzlich halten Fliegengitter vor Fenster und Türen die Plagen fern. Für Kinderzimmer wird empfohlen, ein Moskitonetz über dem Bett anzubringen.

## FRAGEN ZUM BAUEN

### Treppe mit Handlauf?

*A.M.: Ich erstelle in meinem Vierfamilienhaus eine neue gemeinsame Aussentreppe in den Garten. Gibt es Vorschriften, die das Anbringen eines Handlaufes verlangen?*

■ Eine Aussentreppe, die zu einem Hauseingang führt, ist ein Werk im rechtlichen Sinne und so zu gestalten und zu unterhalten, dass sie gefahrlos benützt werden kann. Geländer, Brüstungen und Handläufe müssen als bauliche Massnahmen Personen vor Absturz und Sturz sichern. Massgebend für die einwandfreie Erstellung einer Treppe sind vor allem die SIA-Normen. Diese schreiben vor, dass Treppen mit mehr als fünf Tritten bei normalem Gebrauch in der Regel mit einem Handlauf zu versehen sind. Gehören Behinderte oder gebrechliche Personen zum normalen Benutzerkreis oder handelt es sich um eine Fluchttreppe, so sind bereits ab zwei Tritten beidseitige Handläufe vorzusehen. Allgemein ist bei einem Mehrfamilienhaus darauf abzustellen, dass die Treppe von alten Leuten, Kindern oder von Leuten mit Lasten selbst bei winterlichen Verhältnissen ohne Sturzgefahr benützt werden kann. Es ist daher zu empfehlen, einen Fachmann mit der Montage solider Handläufe zu beauftragen.

**WOHNEIGENTUM** – Seit dem 1. Juli 2012 gelten strengere Richtlinien bei der Vergabe von Hypothekarkrediten. Betroffen sind vorab das Pensionskassengeld und die Amortisation.

# Bauwillige müssen künftig mehr sparen

Die Banken haben sich auf Drängen des Bundes zu dämpfenden Massnahmen im Hypothekarbereich entschlossen. Der Grund dafür ist die Angst der Nationalbank vor einer Immobilienblase, deren Bildung durch

die extrem tiefen Zinsen der letzten Zeit gefördert wird. Die Finanzmarktaufsicht hat eine entsprechende Selbstregulierung der Banken genehmigt. Die neue Richtlinie gilt sowohl für selbstgenutztes Wohneigen-

tum als auch für Renditeobjekte. Sie bezieht sich auf Neugeschäfte und Krediterhöhungen. Für bereits angebahnte Kreditgeschäfte besteht eine Übergangsfrist von fünf Monaten. Der Ermessensspielraum der Banken bei der Beurteilung der Tragbarkeit eines Kredits wird dadurch verkleinert. Bauwillige und Kaufinteressierte müssen neu die folgenden Punkte beachten.

## Mehr Eigenmittel nötig

Die Banken haben sich darauf verpflichtet, bei Wohneigentum in Zukunft noch stärker auf eine gute Eigenmittelunterlegung zu achten. Schon bisher galt die Richtlinie, dass mindestens 20 Prozent des Kaufpreises aus eigenen Mitteln bestritten werden muss. Neu wird auch eine Aussage zur Qualität dieser Mittel gemacht. Für die Tragbarkeitsberechnung werden nur noch maximal 10 Prozent Pensionskassengeld akzeptiert, der Rest muss frei verfügbares Eigenkapital sein.

## Pflicht zur Amortisation

Viele Banken hatten bereits bisher Mindestanforderungen an die Amortisation der Hypothekarkredite gestellt. Neu ist, dass die Hypothekarschuld von Wohnliegenschaften innerhalb 20 Jahren zwingend auf maximal zwei Drittel des Belehnungswertes zu amortisieren ist. Unverminderte Gültigkeit hat die Tragbarkeitsregel, dass die Belastung durch eine Immobilie längerfristig nicht über ein Drittel des Bruttoeinkommens steigen sollte. Dazu wird der langjährige Durchschnittszinssatz von 4,5 bis 5 Prozent angenommen und die Belastung durch Nebenkosten, Unterhalt und Amortisation zur Hypothek hinzugezählt. Kurz gesagt: Der Traum vom Wohneigentum ist nicht ausgeträumt. Für das Wunschobjekt muss jedoch länger gespart werden.

*Michael Landolt/hev*

## LINK

[www.swissbanking.org/home/publikationen-link/shop.htm](http://www.swissbanking.org/home/publikationen-link/shop.htm)

ANZEIGE

Die Baumesse. Wo man schaut, bevor man baut.



modernisieren  
**bauen**

30.8. – 2.9.2012  
Messe Zürich

Do–So 10–18 | [bauen-modernisieren.ch](http://bauen-modernisieren.ch)

Patronat **HEV** Schweiz



Die Berge sind ihre Leidenschaft: Sarah Galatioto, Präsidentin der Berner Sektion des Schweizerischen Alpenclubs SAC.

**SARAH GALATIOTO** – Die Präsidentin des SAC Bern, einer der grössten von 113 Sektionen des Schweizerischen Alpenclubs, ist seit diesem Frühling im Amt. Beide Clubs feiern 2013 ihr 150-Jahr-Jubiläum.

# «Berge nutzen – und auch schützen»

**Gewerbezeitung:** Was hat Sie bewogen, als junge Frau das Präsidium des SAC Bern zu übernehmen?

■ **Sarah Galatioto:** Mich fasziniert, dass ich mit so vielen unterschiedlichen Menschen in Kontakt treten und mich austauschen kann. Ich setzte mich seit meiner Jugend für den Bergsport, die Berge und die Natur ein. Dies ist mir ein persönliches Anliegen. Dass ich dies nun sozusagen von Amtes wegen ausüben darf, ist etwas Wundervolles.

In meinem Amt kann ich die verschiedensten Türen aufstossen und habe Einblick in ganz unterschiedliche Bergsport-Themengebiete, was meinen Horizont ständig erweitert.

## ZUR PERSON

Sarah Galatioto (Jahrgang 1980) wuchs als ältestes von drei Kindern in einem Landwirtschaftsbetrieb auf der Martinsegg in Röttenbach im Emmental auf. Nach einer Lehre als Zahnmedizinische Assistentin bildete sie sich zur Zahntechnikerin weiter. Nach sechs Jahren in einer auf Implantologie und Unfallmedizin spezialisierten Zahnarztpraxis wagte sie den Schritt in die Industrie, wo sie für die Entwicklung und Sortimentspflege dentaler Legierungsprodukte und kleinerer SAP-Projekte in diesem Bereich zuständig war. 2009 wechselte sie firmenintern in die Informatik. Die verheiratete Sarah Galatioto ist seither als System-Administratorin SAP tätig.



Ich stehe dem Verein zwar vor, aber der Vorstand und ich sind gemeinsam die «Treiber» für die Anliegen des SAC Bern. Wir sorgen dafür, dass der Verein in der Wahrnehmung weiter an Kontur gewinnt und dass intern wie extern gezielt über den Bergsport, den SAC und dessen Themen und Aktivitäten informiert wird. Dabei gilt es, den komplexen Ansprüchen von Mitgliedern, SAC Schweiz und der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen. Das Amt der Präsidentin ist wie eine Bergtour; es ist sehr vielseitig und fordert einen hundertprozentigen Einsatz. Dies zeigt mir persönlich Grenzen auf, lässt mich aber auch ständig neue Herausforderungen überwinden – und an diesen wächst man.

**Welche neuen Akzente möchten Sie im SAC setzen? Wie werden Sie den Verband führen?**

■ Es ist wie bei einer Uhr, die aus vielen kleinen Rädern besteht: Ich bin nur eines dieser Rädchen, das wiederum andere Räder im grossen «Uhrwerk» des SAC Bern zum Drehen bringt. Meine Funktion hat viel mit Motivation zu tun. Wir treffen Entscheidungen mit dem Vorstand, damit die ganze Mechanik, die Zusammenarbeit im Verein funktioniert. Wir, der Vorstand, geben die Stossrichtung des SAC Bern vor; wir versuchen alle für ein Ziel zu begeistern und den Weg dahin möglichst so positiv zu gestalten, dass alle Beteiligten auch persönliche Ziele erreichen können.

Ein primäres Ziel ist sicher, das Tourenangebot auszubauen, damit wir vielen Mitgliedern einen Zugang zum Bergsport ermöglichen können. Wir sind eine aktive, kräftige Sektion mit einem vielseitigen Programm. Wir leben den Vorsatz, die Natur und die Berge zu nutzen, aber auch zu schützen; in diesem Sinn wird der Verein weitergeführt.

**Bald steht Ihnen ein Jubiläum ins Haus...**

■ Tatsächlich steht uns ein spannendes Jahr bevor: 2013 feiern der SAC Schweiz ebenso wie der SAC Bern

als eine seiner Gründungssektionen das 150-Jahr-Jubiläum. Es sind viele interessante Events geplant und die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren. Dies ist eine weitere spannende Herausforderung. Man muss jedoch bedenken, dass wir alle ehrenamtlich für den Verein arbeiten. Aus diesem Grund ist es für mich ganz und gar nicht selbstverständlich, dass sich schon heute so viele Freiwillige im SAC einbringen. Und im Hinblick auf 2013 sind wir auf zahlreiche weitere Hände angewiesen; wir suchen ständig innovative und motivierte Leute.

**Weshalb steigt die Mitgliederzahl des SAC – im Gegensatz zu anderen Verbänden – ständig an, und dies notabene ohne besondere Werbeanstrengungen?**

■ Der SAC ist in der Bevölkerung bekannt und beliebt. Unsere Anstrengungen und unser Einsatz für den Bergsport und das Gebirge werden von der Gesellschaft geschätzt und unterstützt. Zudem hat in den letzten Jahren ein Umdenken in Sachen Gesundheit stattgefunden: Viele Menschen haben Gefallen daran gefunden, sich in den Bergen sportlich zu betätigen oder sich für die Bergwelt einzusetzen – was den Trend hin zum SAC wiederum unterstützt.

**Wie positioniert sich der SAC Bern im Zielkonflikt «Schützen versus Nutzen» der Alpen? Ist er eher freiheitlich-liberal oder grün-ökologisch geführt?**

■ Eine klare politische Zuweisung ist nicht möglich. Es gilt, fallweise die eher ökologische oder ökonomische Seite zu betrachten. Die Natur, die Bergbevölkerung, die Kraftwerkbetreiber und der Tourismus – sie alle haben in den Alpen ihre Existenzgrundlagen und ihre berechtigten Interessen. Dasselbe gilt für die SAC-Alpinisten. Wer möchte denn noch in die Berge gehen, wenn Tourismus und Landwirtschaft aus diesen Gebieten weggezogen sind und in der Folge die Infrastruktur zerfällt? Unser Land hat eine begrenzte Flä-

che, aber eine rasant zunehmende Bevölkerung. Hier heisst es, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Deshalb setzt sich der SAC dafür ein, dass seine Mitglieder ihre Aktivitäten so umweltverträglich wie möglich gestalten.

**Was sagt der SAC Bern zum umstrittenen Heliskiing? Wie stehen Sie persönlich dazu?**

■ Der SAC Bern lehnt das Heliskiing aus bergsportethischen Gründen ab. Wir sind dabei, unsere Umweltrichtlinien zu überarbeiten. Als Bergsportverband, der mit seinen Hütten zu den touristischen Leistungsträgern gehört und sich gleichzeitig dem Schutz der Gebirgswelt verpflichtet fühlt, steht der SAC vor einer diffizilen Aufgabe. Es ist für uns eine dauernde Herausforderung, die richtige Balance zwischen Schützen und Nützen zu finden.

**Früher gab es für Frauen im SAC etliche Akzeptanzprobleme. Welche Rolle spielen die Frauen heute?**

■ Der SAC geht mit der Zeit. Wir sind ein moderner Verein, der gleichzeitig die alten Traditionen schätzt und pflegt. Daher ist die Geschlechterfrage heute kein Thema mehr. Im Gegenteil: Es ist uns wichtig, dass Frauen im SAC auch in verschiedenen Positionen Verantwortung übernehmen und wir über eine ausgeglichene Zusammensetzung in den diversen Gremien verfügen. Dasselbe gilt bei der Altersfrage, denn nur gemeinsam kommen wir weiter.

**Wie ist Ihre persönliche Beziehung zu den Bergen?**

■ Ich bin auf dem Land aufgewachsen, auf 1000 Metern über Meer. Daher bewege ich mich seit Kindesbeinen in bergigem Gebiet. Diese Liebe zu den Bergen, zum Bergsport, zum ländlichen Leben, die ist bis heute geblieben. Für mich gibt es nichts Schöneres, als an einem sonnigen Tag den Rucksack zu packen und in die Stille der Bergwelt aufzusteigen. Eine bestimmte Lieblingstour habe ich nicht; für mich ist eine kleine

Wanderung im Emmental rund ums Elternhaus herum ebenso reizvoll wie eine Skitour in höheren Gefilden.

Interview: Rudolf Horber

## LINKS

[www.sac-cas.ch](http://www.sac-cas.ch)  
[www.sac-bern.ch](http://www.sac-bern.ch)

## DAS IST DER SAC

Der Schweizerische Alpenclub SAC, die Dachorganisation der Bergsteiger, ist mit 135 000 Mitgliedern der fünfgrösste Sportverband der Schweiz. Er ist in über 100 Sektionen gegliedert, die als Stützpunkte für den Bergsport über 150 Clubhütten besitzen und unterhalten. Gemäss Statuten von 1992 fördert er das Bergsteigen, den Skisport und das Wandern. Damit leistet der SAC – auf freiwilliger Basis – einen wichtigen Beitrag zur sinnvollen Freizeitgestaltung und damit zur Gesundheitsprävention. Der SAC Bern ist mit über 5000 Mitgliedern eine der grössten Sektionen der Schweiz. Er wird seit dem Frühling 2012 von Sarah Galatioto (siehe Interview) präsidiert. Ho

## TASCHENBUCH

### Gewerbe und Alpinismus

Passend zum Interviewthema hat sgv-Ressortleiter Ruedi Horber anlässlich seines 60. Geburtstages ein 200-seitiges Taschenbuch herausgegeben. Es enthält 60 von ihm seit seiner Jugend publizierte Beiträge, gruppiert nach den Bereichen Wirtschaftspolitik, Gesellschaftspolitik und Alpinismus. Es finden sich zudem drei längere Interviews mit bekannten Alpinistinnen und Alpinisten, und im Anhang verrät uns der Autor seine 60 liebsten Berggipfel. Das Taschenbuch kann direkt beim Autor zum reduzierten Preis von 20 Franken (inkl. Porto) bezogen werden. Bestellungen an [r.horber@sgv-usam.ch](mailto:r.horber@sgv-usam.ch)

## TRIBÜNE

# Befreien wir besser den Boden

Die zentralistischen und eigentumsfeindlichen Ansätze des revidierten Raumplanungsgesetzes mögen einmal mehr die Frage aufwerfen, wie sozialdemokratisiert die bürgerliche Mehrheit unseres Landes eigentlich ist. Vor allem verrät das entwicklungsfeindliche Projekt, genauso wie die Landschaftsinitiative oder vor ihr die Zweitwohnungsinitiative, eine emotionale und realitätsfremde Wahrnehmung der angeblichen Zersiedlung des Bodens. Die Schweiz ist heute von einer «Betonierung», wie oft suggeriert wird, sehr weit entfernt. Siedlungsflächen (Erholungs- und Grünanlagen inbegriffen) nehmen gemäss der letzten Erhebung lediglich 6,8 Prozent des Landesgebiets in Anspruch. Die meisten Flächen sind bestockt (30,8 Prozent) oder aber unproduktiv (25,5 Prozent der Landesfläche). Wenig

bekannt ist, dass der Wald in der Schweiz jeden Tag eine substantielle Fläche zurückgewinnt – meistens ohne menschliches Zutun. Die jüngsten Teilergebnisse der Arealstatistik zeigen zudem kleinere Wachstumsraten der Siedlungsflächen als in früheren Jahrzehnten.

Seltsamerweise werden diese Tatsachen aber kaum je erwähnt, nur das Wachstum, am liebsten mit einer dramatisch tönenden Fussballfeld-Analogie, wird üblicherweise hervorgehoben. Dagegen machen «Agrarzonen» nicht weniger als 36,9 Prozent der Gesamtfläche aus. Die Landwirtschaft trägt bekanntlich weniger als ein Prozent zum Bruttoinlandsprodukt, also der jährlichen Schweizer Wertschöpfung bei. Und sie beschäftigt lediglich 2,5 Prozent der Erwerbstätigen. Wenn schon,



Pierre Bessard\* über die Ideologisierung der Raumplanung.

Bauern zählen, wie heute noch die ärmsten afrikanischen Länder. Eine Liberalisierung würde vor allem auch neue Investitionsmöglichkeiten eröffnen. Sie würde die Freiheit der Eigentümer stärken, ihre Grundstücke nach eigenen Vorstellungen zu nutzen. Die Eigentumsgarantie impliziert eine respektvolle und freie Nutzung seiner Güter – die Reglementierungen der zum Teil im Zweiten Weltkrieg erstarrten Agrarpolitik stellen daher eine klare Beeinträchtigung des Eigentumsrechts an Immobilien dar.

## In die falsche Richtung

Das revidierte Raumplanungsgesetz und die verschiedenen Volksinitiativen, die die Schweiz schlimmstenfalls in so etwas wie ein Indianerreservat oder bestenfalls in eine statische Gesellschaft verwandeln möchten, führen in die falsche Richtung. Sie gefährden aus haltlosen Motiven den Wohlstand der kommenden Generationen und die Handlungsfreiheit der heutigen Akteure. Eine zukunftssträchtige Politik müsste genau das Gegenteil tun, nämlich eine Liberalisierung des Bodenrechts, in erster Linie der «Agrarzonen», und eine Vergrösserung von Baulandreserven – die unsere Bundesraumplaner ausschliesslich aus ideologischen Gründen als «überdimensioniert» betrachten – abzielen. Der Markt und die betroffenen Gemeinschaften in den Gemeinden und den Kantonen sollten damit die gewünschte Arbitrage zwischen Bauland und anderen Flächen vornehmen können. Dadurch würde auch die Harmonie zwischen den Landesteilen, die der zunehmende Zentralismus zu zerstören tendiert, wieder hergestellt.

## LINK

[www.rpg-revision-nein.ch](http://www.rpg-revision-nein.ch)

\*Pierre Bessard ist Direktor des Liberalen Instituts in Zürich

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.



Von wegen zubetoniert: «Agrarzonen» machen mehr als einen Drittel der Fläche der Schweiz aus, was ein Blick auf die Region Thunersee dokumentieren mag.

gäbe es hier dringenden Handlungsbedarf, nicht in den kleinen Siedlungsflächen. Dank eines im internationalen Vergleich gewaltigen staatlichen Protektionismus bleibt die Landwirtschaft jedoch – trotz ihrer geringen Produktivität – die dominierende einzelne Form der Bodennutzung. Die exzessiven Einschränkungen des landwirtschaftlichen Bodenrechts und die Subventionierung der Betriebe verhindern somit eine rationalere Bodennutzung, vor allem in besten Mittel- und Grosslagen.

## Agrarsektor liberalisieren

Vor diesem Hintergrund würde eine Liberalisierung der «Agrarzonen» zweifellos die Schaffung neuer attraktiver Wohngebiete in den Agglomerationen ermöglichen. Wertvolle Wohn- und Erholungsflächen könnten damit wiedergewonnen werden und dazu beitragen, dass Wohnkosten in manchen Regionen wieder vernünftig werden. Die Liberalisierung des landwirtschaftlichen Bodenrechts hängt jedoch selbstverständlich von einer beschleunigten Liberalisierung des Agrarsektors ab – welche in vielerlei Hinsicht wünschenswert wäre: Zum Glück muss die Schweiz zu ihrer Ernährungssicherheit nicht mehr so viele

## ANZEIGE

## MARKTPLATZ

### PERSONENWAGEN

#### WIR KAUFEN AUTOS

JEDER PREISKLASSE AB JG 2000  
PW ALLER MARKEN SPORTWAGEN 4x4,  
LIEFERWAGEN ALLER ART WERDEN  
ABGEHOLT UND BAR BEZAHLT  
MO-SA BIS 20 UHR  
TEL. 044 817 27 26, FAX 044 817 25 41

### ZU KAUFEN GESUCHT

**Gesucht** Für einen unserer Mandanten – einen langjährigen erfolgreichen Unternehmer mit internationalen Kontakten – suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung ein

#### KMU-Unternehmen

Vorzugsweise Kleines Handelsunternehmen bzw. Fabrikations- und Handelsunternehmen, nach Möglichkeit im industriellen Sektor. Langjähriger erfolgreicher Unternehmer mit internationalen Kontakten. Sie werden auf Wunsch direkt an den Kaufinteressenten weitergeleitet. Keine Berechnung von Kommissionen usw. 100% Diskretion zugesichert.

Kontakt: Armin Honauer, Inhaber Rigireuhand AG  
Tel.: 041-379 01 79  
armin.honauer@rigireuhand.ch

### IT/TELEKOMMUNIKATION

#### DER FÜHRENDE DISTRIBUTOR IN DEN BEREICHEN ELEKTRONIK, AUTOMATION, MESSTECHNIK, IT & ZUBEHÖR

Distrelec, Bereich der Dätwyler Schweiz AG, Grabenstrasse 6  
CH-8606 Nänikon, Telefon 044 944 99 11, Fax 044 944 99 88  
info@distrelec.com, www.distrelec.ch



- Calcus -  
Finanzbuchhaltung für KMU's  
einfach | übersichtlich | preisgünstig  
für Mac OS X & Windows

**ALPHA:SOFT**

www.alpha-soft.ch | 043 399 34 20

### ZU VERKAUFEN

**BLACHO-TEX AG**

- Schutzhüllen
- Blachen
- Zelte

50 JAHRE

www.blacho-tex.ch

**FIAT Ducato 15**  
2.3 MJ

30% Rabatt

Neufahrzeug mit über 15'000.- Preisvorteil auf Neupreis.  
2012er Euro 5, Länge 5,41m, 130 PS, Verkaufspreis:  
CHF 31'500.- sofort verfügbar. Telefon 041 723 10 18

## Wir optimieren Ihren Werbeerfolg.

Anzeigenverkauf und -beratung:  
Publicitas Publimag AG  
T +41 31 387 22 11

[publicitas.ch/publimag](http://publicitas.ch/publimag)



Publicitas Publimag AG ist die Vermarktungseinheit der Publicitas für Publikums-, Fach-, Verbands- und Special-Interest-Medien. Publicitas Publimag vermarktet im Auftrag von Medienanbietern Werberaum in Printmedien sowie den dazugehörigen Online-Angeboten. Werbeauftraggebern und Agenturen bietet Publicitas Publimag Services und Tools für die Planung, Abwicklung und das Controlling von Werbeschaltungen und Werbekampagnen an.

Im Anzeigenverkauf für die «Schweizerische Gewerbezeitung» mit Arbeitsort Zürich suchen wir eine/n engagierte/n

## Account Manager w/m

### Stellenbeschreibung

Sie sind kompetenter Partner für Agenturen, Kunden und deren Entscheidungsträger und tragen die Budgetverantwortung der «Schweizerischen Gewerbezeitung». Die aktive Gewinnung von Neukunden sowie der Ausbau und die Betreuung des bestehenden Kundenportfolios (mittlere und grössere Kundenbudgets) sind die zentralen Aufgaben dieser herausfordernden und abwechslungsreichen Funktion. Dank Ihrer professionellen Vorgehensweise erreichen Sie vom Verkaufsgespräch bis hin zum Verkaufsabschluss überdurchschnittliche Ziele.

### Anforderungsprofil

Sie verfügen über ein gutes Netzwerk in der Medienbranche, sind eine starke und motivierte Verkaufspersonlichkeit und verfügen über eine Fachausbildung im Bereich Marketing, Werbung oder Kommunikation. Ihre Stärken sind Ihr Durchsetzungsvermögen sowie Ihre selbstständige Arbeitsweise. Sie präsentieren professionell, sind erfolgs- und verkaufsorientiert und haben ein gepflegtes und selbstsicheres Auftreten.

### Wir bieten

Eine herausfordernde und interessante Aufgabe im spannenden Umfeld der Medienbranche, professionelle Arbeitsmittel sowie attraktive Anstellungsbedingungen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an Frau Yvonne Koller, HR-Verantwortliche, Publicitas Publimag AG, Mürtchenstrasse 39, 8010 Zürich, Tel. 044 250 32 26 oder per E-Mail: [yvonne.koller@publicitas.com](mailto:yvonne.koller@publicitas.com)